

# Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 162 · 14. JAHRGANG · AUSGABE 7/2008 · VOM 27. JUNI 2008 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Verweigern Sie den Kriegseinsatz in Afghanistan!**  
Aufruf an Bundeswehrsoldaten

10 | **Nein zum Eberswalder Verkehrsentwicklungsplan**  
Bürgerinitiativen handeln gemeinsam

12 | **Die Intervention – Wie ich Dissident wurde**  
Mein Jahr Achtundsechzig (IV)

Stadtverwaltung Eberswalde:

## Maulkorb für Ein-Euro-Jobber

Was ist unter »Anti-Stadtpolitik« zu verstehen? Reicht neuerdings schon wieder der Verdacht aus, es könnte an bestimmten Entscheidungen der Stadtverwaltung Kritik geübt werden, um eine Vergabe geringster Fördermittelsummen zur politischen Disziplinierung zu mißbrauchen? Die Kirchengemeinde im Brandenburgischen Viertel hatte beim Projekt »Soziale Stadt« ein paar Euro für die geplante Abschiedsfeier der Albert-Einstein-Schule beantragt und sah sich plötzlich mit dem Verdacht konfrontiert, eine »Anti-Stadtpolitik-Versammlung« zu planen. Ist es nicht gerade die erstrebenswerte Form von demokratischer Stadtpolitik, wenn sich Bürgerinnen und Bürger versammeln und sich selbstbewußt und kritisch in die Politik einmischen?

Die meisten Sprecherratsmitglieder sehen die Gefahr Disziplinierung nicht. Da herrscht wie vielerorts dieses ewige Harmoniebedürfnis vor, welches Widersprüche nicht als die Grundlage für Lösungsmöglichkeiten wahrnimmt, sondern als diffuse Bedrohung. Da sind noch viele Reserven für eine Demokratisierung der Gesellschaft. Aber hatten die Bürgerinnen und Bürger mit dem Wechsel im Bürgermeisteramt nicht auch die Hoffnung auf ein demokratischeres Miteinander in der Stadt und auf eine dafür offene Stadtverwaltung verbunden?

Traurig, daß die Vertreter der Stadtverwaltung diesen diffusen Ängsten nicht entgegentraten.

Noch trauriger ist, daß zur gleichen Zeit eine ähnliche Disziplinierung an anderer Stelle von Vertretern der Stadtverwaltung vollzogen wurde. Ein im städtischen Museum tätiger Ein-Euro-Jobber hatte es gewagt, in der »Barnimer Bürgerpost« seine kritische Meinung zu den Ein-Euro-Jobs im allgemeinen und seiner persönlichen Betroffenheit im besonderen zu äußern. Die zuständige Amtsleiterin zeigte sich unfähig,

mit solcher Kritik, die sie ohne Grund auf sich selbst und natürlich gleich auch auf »die Stadt« bezog, umzugehen und warf den Delinquenten schlicht und einfach raus!

Mit Ein-Euro-Jobbern kann man sowas machen. Der Betroffene erhielt nichtmal etwas Schriftliches. Er war von seinem Trägerverein ja nur an die Stadt »vermietet«, wobei die Miete vom der Arbeitsagentur bezahlt wird. So ein Ein-Euro-Jobber ist rechtlos der Willkür ausgeliefert. Das wurde hier demonstriert. Nichts anderes hatte er in seinem Artikel geschrieben. Nun erfuhr er es am eigenen Leib.

Künftig will die Stadt bis zu 600 Ein-Euro-Jobber beschäftigen. War die jetzige Abstrafung nur ein Exempel? Soll diesen Menschen klar gemacht werden, daß jegliche kritische Meinungsäußerung eine sofortige Bestrafung nach sich zieht? Soll klar gemacht werden, daß eine Beschäftigung bei der Stadt generell mit Maulkorbzwang verbunden ist? Ist das vielleicht auch eine Warnung an die hauptamtlich Beschäftigten, lieber in Kadavergehorsam zu verfallen, als womöglich mit kritischen Gedanken bei den Vorgesetzten anzuecken?

Hat sich in dieser Stadtverwaltung nichts geändert?

Die »Barnimer Bürgerpost« ist ja aus früheren Jahren einiges gewohnt (vgl. »Willkür im Eberswalder Rathaus«, BBP 2/2006). Es lag außerhalb der Vorstellungen, daß es nach dem Wechsel im Bürgermeisteramt jemals wieder zu solchen Praktiken im Umgang mit Meinungsäußerungen in der »Barnimer Bürgerpost« kommen könne. Sind es alte Gewohnheiten, die manche Stadtverwaltungsmitarbeiter nicht ablegen können oder ist es schon wieder die neue Methode im Umgang mit Kritik?

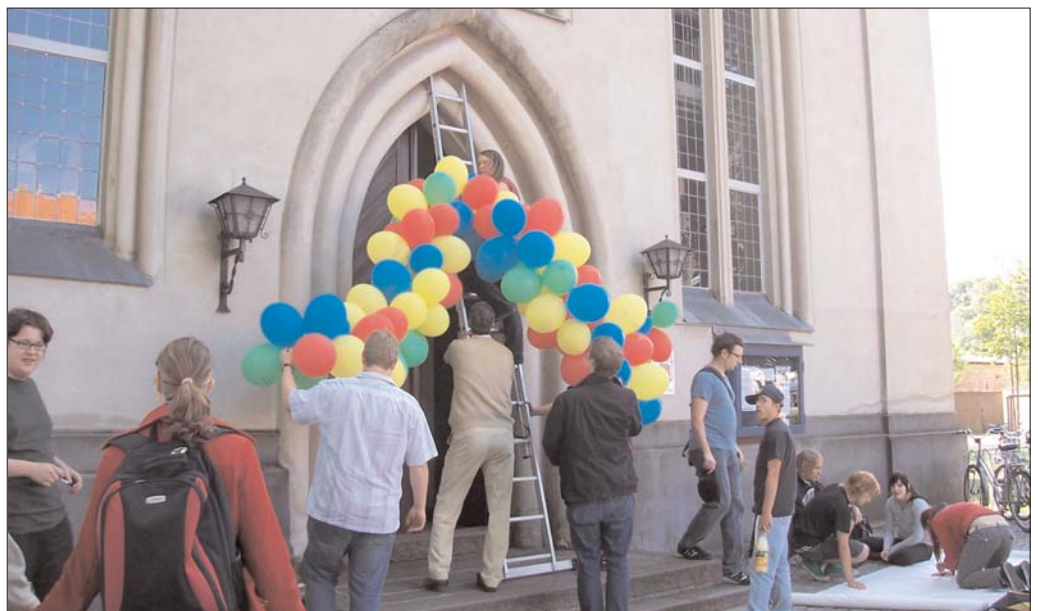
GERD MARKMANN

P.S.: Inzwischen hat der Bürgermeister Gesprächsbereitschaft signalisiert

### Kein Platz für Nazis

Mit Luftballons gegen Nazis. Mit einer Friedensandacht in der Joachimsthaler Kirche protestierten mehr als 100 Menschen am Vormittag des 21. Juni gegen den NPD-Aufmarsch in der Kleinstadt am Grimnitzsee.

»Keinen Fußbreit den Nazis!« hieß es am Nachmittag des gleichen Tages auch in Finowfurt. Dort fanden sich 50 Antifaschisten ein, um sich gegen das dortige Sommerfest der DVU auszusprechen. (Seite 4)



## Gefeuert

Weil ich in der Bürgerpost 6/2008 unter der Überschrift »Ein-Euro-Jobs sind diskriminierend« diese »Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung« als »Zwangsarbeit und damit als eine sehr moderne Form der staatlich legitimierte Form der Sklaverei« bezeichnet habe, wurde ich am 4. Juni 2008 gefeuert. In meinem Artikel habe ich nicht die Stadtverwaltung angegriffen, die mit Nutzung dieser staatlichen Verordnung ihre legitimen Rechte wahrnimmt. Bei der ständigen Kürzung der finanziellen Mittel ist das auch völlig verständlich. Natürlich mußte ich, um mein Beispiel konkret zu machen, aufzeigen, wo ich in meinen »Ein-Euro-Job« tätig war. Und das war nun einmal im Museum. Ich schrieb auch, daß mir diese Tätigkeit Spaß und Freude macht und daß ich hier gerne tätig bin. Daß ich aber nicht bereit bin, die aufgrund der konkreten Bedingungen im Museum anfallenden Überstunden – also faktische ehrenamtliche Tätigkeit, die mir niemand vergütet – zu leisten, ohne die Möglichkeit des »Abbummelns« wahrzunehmen. Denn jede »ehrenamtliche Tätigkeit« kostet mir Geld, was ich nicht habe.

Aber ändern Spaß und Freude etwas am Charakter dieser Tätigkeit, die ich gerne ausgeführt habe? Wenn ich einen sogenannten »Ein-Euro-Job« ablehne, wird mir für drei Monate das ALG II gekürzt – das ist der klare Kurs ins soziale Elend. Somit handelt es sich um Zwangsarbeit. Ich habe keinerlei rechtliche Möglichkeiten, diese Tätigkeit abzulehnen und das völlig unabhängig davon, wer diese »Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung« in Anspruch nimmt. Und das betrifft jeden, dem eine solche Tätigkeit anwiesen wird. Das ist Realität. Wenn die Stadtverwaltung diese Realität als eine Diskriminierung ansieht, dann verstehe ich persönlich das nicht. Soll sie doch auf eine Inanspruchnahme der »Ein-Euro-Jobs« verzichten.

Wenn das Vorhaben der Stadtverwaltung, in den nächsten Jahren in Eberswalde 600 »Arbeitsgelegenheiten« zu schaffen, – es ist für die Stadt ein sehr lukratives Geschäft, kann sie doch Leute als »Zwangsarbeiter« einstellen, ohne ihr sehr knappes Budget zu belasten – dann ändert sich doch nichts am Charakter dieser Tätigkeiten. Die ALG II-Empfänger müssen die Tätigkeit annehmen, wollen sie nicht ihren Anspruch verlieren.

Nach wie vor bleibt mein Vorschlag an die Politik: Schichtet die Mittel um und macht die »Ein-Euro-Jobs« zu versicherungspflichtigen Tätigkeiten. Alles sind staatliche Mittel (ALG II, Wohnungsgeld – ohne das ich obdachlos wäre – und Mehraufwandsentschädigung). Macht daraus eine versicherungspflichtige Beschäftigung. Damit wäre allen geholfen und die Diskriminierung und Erniedrigung wäre überwunden. So aber zeigte mir die Stadtverwaltung ganz deutlich: Ein »Ein-Euro-Jobber« ist völlig rechtlos.

UDO MARKMANN

Kranbau – Ardel:

## Ein Brief an Klaus von Dohnanyi

**Eberswalde (bbp).** Die Fraktion DIE LINKE in der StVV Eberswalde hat sich im Zusammenhang mit der geplanten Umbenennung des »Kranbau Eberswalde« in »Ardelt-Betrieb Eberswalde« an den Aufsichtsratsvorsitzenden der Kirow KE Kranbau Eberswalde AG Klaus von Dohnanyi gewandt.

»Dieses Ansinnen ist für uns nicht nachvollziehbar«, heißt es in dem Schreiben. »Mit dem Kranbau Eberswalde soll ein traditionsreicher Name aufgegeben werden, der weltweit bekannt ist.« Schwerer wiege die Verstrickungen der Ardelts mit der Nazi-Diktatur und die Funktion der Ardel-Werke als Waffenschmiede zweier blutiger Weltkriege.

»Die Ardelts suchten schon vor 1933 aktiv die Verbindung zur NSDAP, weil sie sich lukrative Rüstungsaufträge versprachen, die sie bald nach der faschistischen Machtergreifung auch bekamen. Der Name Ardel steht für Kriegsgewinnler, die

sich auf Kosten von Millionen Toten bereicherten. Er steht für die gnadenlose Ausbeutung durch Zwangsarbeit von Tausenden 'Fremdarbeitern', Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen. Er steht für überzeugte und treue Nationalsozialisten, zu denen die Ardel-Brüder zählten.«

Mit der geplanten Rückbenennung bagatelisiere die Geschäftsführung die Verbrechen der Nazis und legitimiere sie faktisch. »Das kann nicht in Ihrem Sinne sein, bitten Sie doch selbst unter der Nazi-Diktatur und verloren Ihren Vater, der als Widerstandskämpfer noch wenige Tage vor Kriegsende, im April 1945 von den Nazis ermordet wurde. Die geplante Umbenennung wäre zugleich ein Affront gegen das Andenken an Ihren Vater Hans von Dohnanyi. Wir appellieren an Sie und wir bitten Sie: Setzen Sie Ihren ganzen Einfluß als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Kirow KE Kranbau Eberswalde AG ein, um diese Umbenennung zu verhindern.«

## Kostenumlage war nicht rechtens

Durch die städtische WHG wurden im Betriebskostenjahr 2005 im Stadtgebiet Finow Rohrspülungen veranlaßt und die Kosten dafür den Mietern als Betriebskosten berechnet. Die Kosten wurden einfach der Betriebskostenart Entwässerung zugeordnet, hier werden aber lt. Betriebskostenverordnung nur die Kosten für die Regenentwässerung umgelegt. Die beträchtliche Erhöhung gegenüber dem Jahr 2004 wurde den Mietern auch nicht erläutert, so daß sicher die Mehrzahl der Mieter von einer Gebührenerhöhung ausgegangen ist.

Erst auf Rückfragen einiger Mieter, denen die ganze Sache nicht geheuer vorkam, gab die WHG dazu eine Erklärung ab. Die Rohrspülungen seien notwendig gewesen, um Verstopfungen vorzubeugen, die Maßnahme wäre damit eine Wartung und deshalb umlagefähig.

Der gängigen Mietrechtsliteratur ist aber zu entnehmen, daß solch Maßnahmen zur vorbeugenden Instandhaltung zählen und damit als Betriebskosten nicht umlegbar sind.

Entsprechende Widersprüche von mir und einigen anderen Mietern haben dann letztendlich zu einer Klage der WHG gegen mich und meine Frau geführt. Am 20.05.2008 fand hierzu vor dem Amtsgericht Eberswalde die mündliche Verhandlung statt. Im Laufe der Verhandlung zog die WHG ihre Klage auf anraten des Gerichtes wegen Aussichtslosigkeit auf Erfolg zurück. Der WHG ist damit ein peinliches Urteil erspart geblieben und die rechtlichen Konsequenzen daraus. Dem Richter blieb die Urteilsbegründung erspart.

Unverständlich bleibt die Handlungsweise der WHG, über ihre Rechtsanwälte gleich eine Klage zu veranlassen, kann man doch schon in Handbüchern eindeutige Aussagen zur Sache finden, so z.B. in »Nebenkostenabrechnung für

Vermieter«. Hier kann man auf Seite 48 lesen. »Sie können nicht einmal vorbeugende und regelmäßige Rohrreinigungen in die Nebenkosten aufnehmen, denn sie zählen zur Instandhaltung«. In der Anleitung für Verwalter, Vermieter, Eigentümer »Betriebskosten in der Praxis« findet man auf Seite 172, »Nicht zu den Betriebskosten gehören die Instandhaltungskosten an hauseigenen Entwässerungsanlagen oder Kosten für die Beseitigung von Rohrverstopfungen oder vorbeugende Rohrreinigungen.«

Man könnte eigentlich von den verantwortlichen Mitarbeitern der WHG verlangen daß sie sich mehr und besser mit dem Mietrecht beschäftigen und Mietern nicht gleich mit Klagen drohen, verursachen diese doch bei den Betroffenen enormen Streß. Den beauftragten Rechtsanwälten ist der Ausgang eines solchen Rechtsstreites außerdem völlig Schnuppe, bekommen sie doch ihren Aufwand auf jeden Fall bezahlt, egal ob der Streit gewonnen, oder wie in diesem Fall wieder einmal für die WHG verloren wurde.

Bleibt als Fazit für die Mieter, nicht nur derjenigen der WHG, ihre Betriebskostenabrechnungen genau zu kontrollieren, z.B. durch Vergleich mit der Vorjahresrechnung, Unstimmigkeiten, Erhöhungen, genau hinterfragen und nötigenfalls Widerspruch einzulegen.

Im konkreten Fall könnten betroffene Mieter versuchen, die zu Unrecht erhobenen Kosten für die Rohrspülungen im Rahmen der normalen regelmäßigen Verjährungsfrist, gemäß §195 BGB beträgt diese drei Jahre, zurückzufordern, da das Gericht eindeutig die Umlage als Betriebskosten verneint hat.

Alle gegebenen Hinweise sind ausdrücklich keine Rechtsberatung.

MANFRED SCHIRMER

## Verweigern Sie den Kriegseinsatz in Afghanistan!

**Ab dem 1. Juli wird die »Schnelle Eingreiftruppe« in Nordafghanistan durch die Bundeswehr gestellt. Angehörige der Panzerbrigade 21 aus Augustdorf (NRW) bilden den Kern dieser »Eingreiftruppe«. Die Panzerbrigade 21 ist Bestandteil der 1. Panzerdivision (Hannover), die in der neuen Heeresstruktur »Heer 2010« als »Division Eingreifkräfte« bezeichnet wird.**

Ein breites Bündnis verschiedener Friedensgruppen, angefangen vom Aachener Friedenspreis e.V. über Gliederungen der Deutschen Friedensgesellschaft, den Internationalen Versöhnungsbund bis hin zu Fax Christi Gruppen und vielen Unterstützern hat sich in einem Aufruf unmittelbar an die Soldatinnen und Soldaten gewandt, die in Afghanistan als Schnelle Eingreiftruppe zum Kriegseinsatz kommen sollen, ihrem Gewissen zu folgen und diesen Kampfeinsatz zu verweigern.

Ausgangspunkt ist die Einschätzung, daß der Krieg der USA in Afghanistan völkerrechtswidrig und mit der Charta der UN nicht vereinbar ist. Die von den UN legitimierte ISAF-Mission hat einen Funktionswandel erfahren und ist von der NATO geführt in die Gesamtstrategie der Operation Enduring Freedom eingebunden.

Deshalb ist der Kampfeinsatz von Verbänden

der Bundeswehr in Afghanistan grundgesetzwidrig. Die Teilnahme an einem völkerrechts- und grundgesetzwidrigen Krieg kann von den Soldaten verweigert werden, die in dieser Situation ihrem Gewissen folgen müssen.

Das Bundesverwaltungsgericht hat in seinem wegweisenden Urteil vom 21.6.2005 festgestellt:

*Bereits aus dem Wortlaut der Grundregelung zur Gehorsamspflicht eines Soldaten in § 11 Abs. 1 S. 2 SG (Soldatengesetz) ergibt sich, daß ein Soldat einen ihm erteilten Befehl »gewissenhaft« (nach besten Kräften vollständig und unverzüglich) auszuführen hat. (...) Vom Soldaten verlangt, wird also keine »gewissenlose«, sondern eine »gewissenhafte« Ausführung eines Befehls. Dies bedeutet, daß ein Soldat insoweit mit aller ihm möglichen Sorgfalt und Verantwortung vorzugehen und sich entsprechend zu verhalten hat. Ein »unbedingter« oder »bedin-*

*gungsloser« Gehorsam ist mit diesem normativen Imperativ nicht vereinbar, Gefordert ist vielmehr ein »müdenkender« (...) und insbesondere die Folgen der Ausföhrung des Befehls gerade auch im Hinblick auf die Schranken des geltenden Rechts und die ethischen »Grenzmarken« des eignen Gewissens – »bedenkender« Gehorsam. (BVerwG 21.6.2005, 4.1.3.1.1)*

Mitglieder des Komitees für Grundrechte und Demokratie hatten zu Beginn des Nato-Krieges gegen Serbien die in diesem Krieg eingesetzten Soldaten der Bundeswehr zur Desertion aufgerufen, was von diversen Staatsanwaltschaften kriminalisiert wurde. Allerdings wurden die Angeklagten meist in den letztinstanzlichen Verfahren frei gesprochen, da die Gerichte den Desertionsaufruf als grundgesetzlich geschützte Meinungsäußerung gewertet haben.

HELMUT LINDNER

## Auferstanden aus In-West-Ruinen

Die Nordhäuser Fahrradwerker haben zum 1. Mai 2008 die Produktion von Fahrrädern in kollektiver Selbstverwaltung wieder aufgenommen. Nach Abzug der Lone-Star-Heuschrecke und des Insolvenzverwalters blieben vom ehemaligen gut ausgerüsteten Fahrradwerk nur noch vermüllte Produktionsruinen zurück. Die Produktionsanlagen wurden ins Ausland zwecks Billigproduktion verschleudert. Das Ziel der Finanzspekulanten wurde vorerst erreicht.

**Aber nicht mit uns ..., wir haben uns neu aufgestellt und produzieren wieder !!!**

Zur Anschaffung von weiteren produktionsnotwendigen Maschinen und Anlagen ist es für uns äußerst wichtig bis Ende Juni ca. 2.000 Fahrräder der Marken »Volksrad« und »Strike-Bike« an den Endverbraucher gegen Vorkasse zu verkaufen. Anlehnend an das »Strike Bike« haben wir ein Modell mit wesentlich verbesserten Teilen und einem noch auffälligeren Qutfit entworfen.

Wir sind gezwungen, diese 2.000 Fahrräder nochmals gegen Vorkasse über das Internet zu vertreiben. Vorkasse nur deshalb, um Teile des Materials, wie von vielen unserer Materiallieferanten bei Lieferungen an Neukunden gefordert, vorfinanzieren zu können. Der Gewinn aus dieser Aktion soll außerdem dazu dienen, eine Laufradfertigungsstrecke der ehemaligen Bike-Systems Nordhausen von einem Maschinenhändler aus Ungarn zurückzukaufen. Bis zum Rückkauf dieser für uns so wichtigen Anlagen müssen wir alle benötigten Laufräder kostenintensiv außerhalb produzieren lassen. Auch diese Arbeitsplätze wollen wir wieder in Nordhausen installieren.

In der weiteren Zukunft soll dann nur noch für den Fahrradfachhandel in Verbindung mit zwei Fahrradfachhändlervereinigungen und für Lohnaufträge produziert werden. Der Neustart der Produktion von Fahrrädern in Nordhausen ist für uns wie eine »Auferstehung aus den In-West-Ruinen« einer 22-jährigen Tradition. Zum Neubeginn unserer beruflichen Tätigkeit benötigen wir jedoch dringend Hilfe.

2.000 Fahrradbestellungen unseres Internetmodells bis zum 30.06.2008 sind für uns äußerst wichtig, um wie geplant vorerst 21 Arbeitsplätze in unserer strukturschwachen Region schaffen und erhalten zu können. Langfristig möchten wir möglichst vielen von unseren ehemaligen Mitarbeitern wieder eine berufliche Perspektive bieten können. Viel zu viele sind immer noch vom Sozialgau bedroht.

Der Sommer mit hoffentlich schönem Wetter steht vor der Tür – Zeit zur sportlichen Betätigung – Zeit zum Fahrrad fahren. Ihre Entscheidung für unsere Internet-Aktionsfahrräder »Volksrad« und »Strike Bike« würde uns den Weg in eine sichere berufliche Zukunft und in eine soziale Sicherheit erleichtern.

Und eines können die 21 neuen Mitarbeiter den Käufern der Fahrräder der Marken »Volksrad« und »Strike Bike« versprechen:

Sie werden die Leidenschaft, mit der wir Fahrräder bauen, auf jedem Meter Fahrt mit Ihrem neuen Bike, einem echten »Hingucker«, spüren. Sie werden Ihr Fahrrad lieben. Billige Containerfahrräder, produziert von gefrusteten Billiglöhnern, sind nicht unser Ding.

Wir fühlen uns nicht nur als Exoten im deutschen Fahrradmarkt. Unsere Beharrlichkeit bei der Rettung unserer Arbeitsplätze und die

Gründung einer GmbH in kollektiver Selbstverwaltung haben uns zu Exoten gemacht. Ist die Zeit dazu reif in Deutschland??? Strike Back – die Rückkehr des Strike Bike eine Erfolgsstory nach Abzug der Heuschrecken und der Ohnmacht mancher Politiker. Genau diesen Politikern wollen wir sagen: So wie internationalen Finanzspekulanten mit den sozialen Existenzen von Menschen umgehen, so haben wir Angst vor der Zukunft. Nur Dollars anbeten, und jegliche Form deren Vermehrung zu legalisieren, daß kann nicht alles sein.

Die Nordhäuser Fahrradwerker bitten für diesen ersten Schritt ihrer Selbstverwaltung um Ihre solidarische Unterstützung, und besonders den Fachhandel bitten wir um Verständnis und um Unterstützung für diese, für unseren Produktionsstart so wichtige, Internet- und Endverbraucheraktion.

Und nochmals: Ist die Zeit in Deutschland reif genug für eine derartige Protestproduktion und deren solidarische Unterstützung???

Ihre 21 Nordhäuser Strike Biker

### Volksrad – Red & Black Edition

Alle Fahrräder werden mit einer 3-Gang-Rücktritt-Nabenschaltung ausgeliefert. Das Nachfolgemodell des Strike Bikes, kann ab sofort zum Preis von 299,00 Euro pro Stück bestellt werden. Nach Erhalt der Bestellung erhalten Sie von uns per eMail bzw. per Post eine Proforma Rechnung mit unserer Bankverbindung. Die Versandkosten und 19% Mehrwertsteuer sind im Preis enthalten. Anfragen von Fahrradhändlern sind sehr willkommen. Zu erreichen sind wir unter Tel: 0173/3907544 oder 0172/5730284, Fax: 03631/472625 oder per E-Mail unter: strikebikendh@aol.com.

Seit Wochen kommt Joachimsthal nicht aus den Schlagzeilen. Das hätte dieser kleine Ort mit Sicherheit auch verdient, wenn es die Werbung für den einzigartigen Aussichtsturm über die Schorfheide und den Geopark oder für die schönen alten Fachwerkhäuser und für den Skulpturenpark am Rathaus wäre. Aber nein, es ist Herr K., ein entlassener Sexualstraftäter, der die Gemüter nicht nur in der kleinen Gemeinde erhitzt. Es ist die Angst der Menschen, daß wieder etwas in ihrem Ort passieren und man sich nicht wehren kann.

So hat sich eine Bürgerinitiative »Für ein solidarisches Miteinander« gegründet, die sich allwöchentlich vor dem Haus des Herrn K. einfindet, um ihm deutlich zumachen, daß sie ihn hier nicht wollen, daß sie der Opfer gedenken. Und das, was man zuvor nicht geschafft hatte, scheint nun möglich, daß sich Herr K. einer Therapie unterzieht. Das ist dem Engagement der Bürgerinitiative zu verdanken und sie werden wohl auch nicht aufhören mit ihrem stummen Protest, bis sie ihn dort wissen.

Und nun passierte, was viele befürchteten. Die NPD machte sich die Ängste zunutze und hat einen neuen Aufmarschort in Brandenburg für sich ausgemacht. Diese kleine märkische Stadt. Mit Parolen, die den Menschen weismachen sollen, daß der Rechtsstaat versagt habe und nur die Nazis es richten könnten. Eine unglaubliche Lüge. Dank einer engen Zusammenarbeit von Justizministerium, Amtsdirektor, Bürgermeisterin, Stadtverordnetenversammlung, Kirche und Bürgerinitiative ist es gelungen, die Joachimsthaler immer besser zu informieren. Auch darüber, wo die Grenzen des Rechtsstaates sind. So ist klar, es war keine Justizpanne, wie manch einer es gerne in die Welt tragen möchte, sondern es war die Ausschöpfung der rechtsstaatlichen Mittel und auch eine Form des Opferschutzes trotz der strafrechtlichen »Karriere« des Herrn K. Zum Zeitpunkt seiner Verurteilung war eine nachträgliche Sicherheitsverwahrung gesetzlich noch nicht möglich. Diese wurde erst 5 Jahre nach dem Urteilsspruch 2004 möglich. Daß ein Sexualstraftäter aber ohne gewissenhafte Begutachtung und ohne Therapie mit der Hoffnung auf die Verhinderung einer Straf-wiederholung, entlassen werden kann, ist aus meiner Sicht eine Gesetzeslücke. Darüber wird zu diskutieren sein, in der Politik und mit erfahrenen Juristen. Und wir werden eine Antwort finden müssen, wenngleich ich hoffe, daß mit der heute möglichen Sicherheitsverwahrung nach der Haftstrafe eine solche Situation nicht mehr entstehen wird.

Doch das ändert nichts daran, daß Nazis am 21. Juni durch die Straßen Joachimsthals marschierten. Mit Neugier und Distanz beobachteten die einen diesen Umzug. Andere trafen sich vor und an der Kirche und zeigten mit einem friedlichen, kreativen und musikalischen Protest: Keinen Fußbreit des Nazis, der NPD. Nicht in Joachimsthal und an keinem Ort. Daß an diesem Protest neben Joachimsthalerinnen und Joachimsthälern auch Landrat Ihrke und

Proteste gegen NPD und DVU in Joachimsthal und Finowfurt:

## Keine Orte für Nazis

von Margitta Mächtig



Sozialdezernentin Sylvia Ulonska, Vertreter der Landeskirche, der Amadeustiftung, des Mobilen Beratungsteams und Jugendliche aus dem gesamten Landkreis teilnahmen, zeigte die Geschlossenheit der Zivilgesellschaft in ihrem Protest gegen die neuen, alten Nazis.

Aber genau diese Zivilgesellschaft, die mir noch schwach erscheint wird verhindern müssen und können, daß sich Geschichte wiederholt. Wer kennt nicht die Liedzeile: »Ihr wißt es, sie sind wieder da, braucht nur nach rechts zu schauen. Sie schreien in schneeweißen Westen hurra, die Hemden darunter sind braun.«

Immer wieder und immer lauter melden sich Nazis auf den Straßen im Barnim, in Brandenburg und anderen Bundesländern. In Sachsen haben Bürgerinnen und Bürger sie in die Kreistage gewählt. Am Samstag sagte eine ältere weißhaarige Frau auf dem Platz zu einem Abgeordneten, der erzählte, man habe überlegt, gar nichts zu tun, sie zu ignorieren: »Niemals darf man die ignorieren. Das haben wir schon mal gemacht und Sie wissen doch, was dann passiert ist. Sie kennen doch dieses Niemoeller-Gedicht« und dann trug sie es vor:

*Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist. Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Sozialdemokrat. Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich nicht protestiert; ich war ja kein Gewerkschafter. Als sie die Juden holten, habe ich nicht protestiert; ich war ja kein Jude. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.*

Und dann sagte sie noch: »Wir müssen uns wehren, sonst werden die Nazis nie Ruhe geben, glaubt mir ich habe es erlebt.«

Mich hat es in meiner Überzeugung bestärkt, aktiv zu sein, nicht zu- oder wegzuschauen, sondern Mut zu machen und Angst zu nehmen. Hier in Joachimsthal und überall.

Die Barnimer reagieren sehr unterschiedlich auf diese Naziaufmärsche. Die ANTI-FA wehrt sich, geht auch auf die Straße, sehr bunt, sehr schrill, sehr laut, nicht alle nüchtern. Manchmal auch mit Gewalt, was ich für den falschen Weg halte. Und dennoch stimmt,

was einer der Autonomen während des Protestmarsches in Finowfurt gegen das DVU-Sommerfest bei Herrn Mann sagte: »Und das Nazipack wird feiern und sie werden kaum wahrnehmen, daß es Menschen gibt, die das alles nicht wollen. Das ist so, weil die Polizei eine direkte Konfrontation zwischen denen, die dem nationalsozialistischen Scheiß nachhängen und uns nicht zuläßt.« Allerdings mußten wir dann sehen, daß er irrte, denn der Demonstrationzug wurde aus einem Auto heraus von Jugendlichen gefilmt, die eindeutig zu den Gästen des Sommerfestes der DVU gehörten. Sie wissen sehr wohl, daß sie nicht gewollt sind und hoffen dennoch auf die Angst der Mehrzahl der Menschen.

Aber mir macht die schleichende Akzeptanz des neofaschistischen Gedankengutes Angst, dieses Akzeptieren ihrer Parolen und stumme Dulden deren Verdummungen. Ich will und kann nicht akzeptieren, daß Menschen so schnell vergessen können, was der Nationalsozialismus international aber auch national Menschen angetan hat. Und ohne immer in Demut und gebeugten Hauptes rumlaufen zu müssen, sehe ich für uns Deutsche eine besondere Verantwortung zu verhindern, daß sich Entwicklungen wie in den 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts jemals wiederholen. Dazu gehört für mich auch, den Nährboden für die faschistische Ideologie trocken zulegen. Es ist häufig mangelndes Wissen, eine zu schnelle Bereitschaft zur Unterwürfigkeit und der Glaube an einen starken Mann, es ist die Arbeitslosigkeit und die damit verbundene Respektlosigkeit, es ist die zunehmende soziale Ungerechtigkeit in unserem Land und die Unfähigkeit vieler Politiker sich den Sorgen und Problemen der Menschen zu stellen und an Veränderungen mitzuwirken. Hier bleibt also viel zu tun und deshalb sind es für mich keine Pflichttermine, wenn es Veranstaltungen gegen Rechts gibt. In der Kirche sagte ich: Nicht nur, weil ich hier bin sage ich: »Ich GLAUBE an die Fähigkeit der Menschen klüger zu werden.« Aber verantwortlich dafür sind wir alle, jeder einzelne von uns.

## Besinnt sich die Kranbau-Führung?

**Eberswalde (vk/bbp).** Nach Bekanntwerden der geplanten Kranbau-Umbenennung gingen die Eberswalder StVV-Fraktion der Linken und die Landtagsabgeordnete Margitta Mächtig als erste an die Öffentlichkeit. Bald fanden sich zahlreiche Mitstreiter. Wie die Linken erklärten sich Bündnis 90/Die Grünen und das Bündnis für ein demokratisches Eberswalde gegen die Umbenennung. Viele alte Kranbauer sehen sich in ihrer Ehre angegriffen. Und auch unter den heutigen Beschäftigten stößt die geplante Umbenennung auf Unverständnis. Allerdings wird im Betrieb Widerspruch nicht geduldet, wie unter der Hand von einem Kranbauangestellten zu erfahren war. Selbst überörtliche Medien interessieren sich für das Thema. Diverse Zeitungen und sogar der Deutschlandfunk sprachen beim Fraktionsvorsitzenden der Linken Wolfgang Sachse vor. Die StVV Eberswalde stimmte schließlich am 29. Mai einmütig einer von den Linken eingebrachten Resolution zu, mit der die Kranbau-Geschäftsführung aufgefordert wird, ihre Namenspläne zu überdenken.

Von einem Umdenken ist aber bislang nichts zu spüren. Die Stadtfraktion der Linken wandte sich nunmehr mit einem Brief an den früheren Hamburger Bürgermeister und heutigen Aufsichtsratsvorsitzenden der Kirov KE Kranbau Eberswalde AG, Klaus von Dohnanyi, dessen Vater 1945 von den Nazis ermordet wurde. Parallel dazu schrieb Margitta Mächtig an den Vorstandsvorsitzenden Ludwig Koehne. Sie fordert: Das Unternehmen soll sich seiner Geschichte »in vollem Umfang« stellen. Mit dem Namen Ardel, schrieb Margitta Mächtig, würde die Unternehmensführung den Beschluß der Potsdamer Konferenz von 1945 ignorieren. Koehne wisse, daß die Ardel-Werke auf Beschluß der Alliierten wegen ihrer herausgehobenen Stellung in der Nazi-Zeit abgebaut wurden. Die Ardel-Werke seien verantwortlich für tausendfaches Leid, Mißachtung und Ver-

letzung der Menschenwürde, Tod und Folter im Werk Eberswalde. Mächtig hatte sich zuvor mit dem Eberswalder Kranbau-Vorstand Heinz Lindecke getroffen, der »sehr überrascht« gewesen sei über das, was sie ihm dargestellt habe. Ihr Resümee des Treffens: »Den Herren der Geschäftsführung fehlt die regionale Bindung. Weil sie keine ostdeutsche Biografie haben, ist bei ihnen auch das Gefühl für den Umgang mit der NS-Geschichte ein anderes, als wir es gewohnt waren.«

Das von der Geschäftsführung gern benutzte Argument, Krupp und Thyssen seien nach dem Krieg auch nicht umbenannt worden, sage viel. »Ich habe Herrn Lindecke erklärt, daß genau das eben der Unterschied war: Die DDR hat die Beschlüsse des Potsdamer Abkommens umgesetzt. Die Ardel-Werke sind komplett abgebaut worden. Der Kranbau Eberswalde war eine völlige Neugründung und hatte mit Ardel nichts mehr zu tun.« Das habe sie nun auch Koehne in ihrem Brief zu vermitteln versucht. Wenn schon Bekenntnis zu Geschichte, dann bitte in vollem Umfang, hat sie an den Vorstandsvorsitzenden geschrieben. So könne das Werk in Eberswalde eine Gedenktafel für Zwangsarbeiterinnen am Unternehmen anbringen und gemeinsam mit Eberswalder Schulen eine Wanderausstellung zur Geschichte der Firma erarbeiten. Zwei der Baracken des einstigen Außenlagers des KZ Ravensbrück, in dem die Ardel-Zwangsarbeiter untergebracht waren, stehen übrigens noch heute. Auch der Kulturverein EXIL, der in den erhalten gebliebenen Baracken des Ravensbrücker KZ-Außenlagers Eisenspalterei mit einer Ausstellung zum Lager und zur Rüstungsindustrie die Erinnerung an diese schreckliche Zeit wachhalten will, »könnte finanzielle Unterstützung gut gebrauchen«, sagt Mächtig.

Inzwischen haben Koehne und Mächtig ein Gespräch vereinbart. In einer E-Mail ließ er Mächtig wissen, daß er in den angeregten Punkten einen konstruktiven Ansatz sehe, den er gern mit ihr persönlich besprechen würde.

## Name »Ardelt« entschieden abgelehnt

Auch Bündnis 90/Die Grünen lehnen eine Rückbenennung der Firma Kranbau Eberswalde in »Ardelt-Werke« entschieden ab. Mit diesem Namen verbindet sich Kriegsproduktion, Naziherrschaft, Ausbeutung, Unterdrückung und Gewalt gegenüber Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen. Diesen Teil der Geschichte des Werkes ausblenden zu wollen, zeugt von mangelnder historischer Sensibilität und beleidigt die Opfer erneut.

Die Ardel-Werke Eberswalde erhielten bereits ab 1914 große Staatsaufträge zur Herstellung von Waffen und Munition für den 1. Weltkrieg. Unter der Tarnbezeichnung »Sägewerk« errichtete man schon kurz nach der Machtübernahme durch die Faschisten ein neues Rüstungswerk in Eberswalde und be-

gann mit der Waffenproduktion. 1944 machte sie ca. 80 % des Umsatzes aus. Mehrere Tausend Zwangsarbeiter aus vielen europäischen Ländern, darunter Kriegsgefangene und Häftlinge aus dem Frauen-KZ Ravensbrück, wurden hier erniedrigt und geschunden. Viele verloren ihr Leben.

Diese Umbenennung ist unnötig und überflüssig. (Es sei denn, man betrachtet sich als Rechtsnachfolger und beginnt schnellstmöglich, die Opfer zu entschädigen.) Sie schadet dem Ansehen der Stadt Eberswalde jetzt und – falls realisiert – auf Dauer. Bürger, politisch Verantwortliche und Belegschaft des Werkes sollten sich daher gemeinsam dagegen wehren.

KARL-DIETRICH LAFFIN, Sprecher des Kreisverbandes Bündnis 90/Die Grünen

## Nachtrag zur Debatte

In dem Abschnitt Besonderes aus Eberswalde wird in der Homepage des Landkreises Besonderheiten genannt, »die Eberswalde von anderen Städten unterscheiden. Es sind dies Ereignisse, Taten von Persönlichkeiten und technische Erfindungen. Ausgewählt wurden vor allem solche, die heute schon in Vergessenheit geraten sind.«

Dabei kann lesen:

»Ardeltwerke (später Kranbau Eberswalde) Im Jahre 1902 nahm am Alsen-Platz ein kleines technisches Industriebüro des Ing. Robert Ardel († 3.11.1925 in Eberswalde) seine Arbeit auf und entwickelte sich bis zum II. Weltkrieg zu einem Unternehmen mit 8000 Beschäftigten. (hier folgt eine Darstellung der Entwicklung des Unternehmens bis 1945)... Leider ist diese stürmische Entwicklung des Betriebes nach dem Weltkrieg durch Zerstörung, Reparationsleistungen und die Wirtschaftspolitik gehemmt worden. Er wurde verstaatlicht...«

Die Wiedergabe dieser Darstellung der Entwicklung der Ardel-Werke bis 1945 auf der Homepage des Landkreises wirft die Frage auf, ob der Kreis diese Bewertung teilt oder meint, unkommentiert veröffentlichen zu müssen.

Das Bündnis für ein demokratisches Eberswalde hatte es in einer (leider nicht veröffentlichten) Presseerklärung gegenüber der MOZ am 26. Mai für erschreckend erklärt, daß selbst auf der Homepage des Landkreises www.barnim.de sich solche Sätze finden, wie: »Leider ist die stürmische Entwicklung des Betriebes nach dem Weltkrieg durch Zerstörung, Reparationsleistungen und die Wirtschaftspolitik gehemmt worden. Er wurde verstaatlicht.« Mit solchen Geschichtsfälschungen werden aus den Kriegsgewinnlern Ardel Opfer des Potsdamer Abkommens. Das Bündnis fordert den Landrat auf, eine sofortige Korrektur zu veranlassen und zu prüfen, wie es zu solchen Entgleisungen auf der Homepage des Landkreises kommen konnte.

Diese Frage ist nunmehr auf diesem Wege an den Landrat zu stellen

ALBRECHT TRILLER

## Gedenken für Falko

**Eberswalde (bbp).** Etwa 30 vorwiegend jugendliche Menschen gedachten am 31. Mai in der Spechthausener Straße des vor acht Jahren von einem Eberswalder Neo-Nazi ermordeten Falko Lüdtker.

Am Abend des 31. Mai 2000 hatte der 22-jährige Punk im Obus einen Eberswalder Neo-Nazi zur Rede gestellt, weil dieser ein Hakenkreuz auf seiner Glatze eintätowiert hatte. Nachdem die beiden in der Spechthausener Straße aus dem Bus gestiegen waren, wurde Falko von dem Neo-Nazi vor ein vorbeifahrendes Taxi gestoßen.

Falko Lüdtker war nach Amadeu Antonio, der im November 1990 von einem faschistischen Mob gejagt und zu Tode geschlagen wurde, seit dem Beitritt der DDR zur BRD das zweite Opfer rechter Gewalt in Eberswalde.

## Neues Mitglied berufen

Das Kinder- und Jugendparlament (KJP) Eberswalde freut sich darüber, daß der Hauptausschuß der Stadt gestern Abend einstimmig den 17-jährigen Johannes Danieljan in das Jugendgremium berufen hat.

Johannes Danieljan ist Schüler am Humboldt-Gymnasium und kommt ursprünglich aus Armenien. Er hat das Jugendparlament beratend schon seit April unterstützt und auch aktiv am Kindertag im Familiengarten geholfen. Johannes ist bis zum Ende der laufenden Wahlperiode des KJP im Juni 2009 berufen.

MARTIN HOECK, KJP Eberswalde

## Sehbehinderte integrieren

DIE LINKE unterstützt Forderungen der Blinden- und Sehbehindertenverbände, nach mehr Verständnis von Politikern, Verkehrsplanern, Bau- und Sozialämtern für die Belange der sinnesbehinderten Menschen.

Blinde und sehbehinderter Menschen wollen oft selbstbestimmt in einer eigenen Wohnung statt im Wohnheim leben. Deshalb sind dringend flächendeckend mehr Angebote des betreuten Wohnens notwendig, das letztendlich auch kostengünstiger als ein Heimplatz ist. Betreuungsstunden in solchen Wohnformen werden ungerechtfertigt gekürzt, mit der Begründung, daß das Blindengeld bzw. die Blindenhilfe hierfür eingesetzt werden könnten. Das Blindengeld ist jedoch nicht dafür da, die durch einen langen Heimaufenthalt entstandene Unselbstständigkeit bei der Haushaltsführung auszugleichen. Es ist vielmehr zur Anschaffung von Hilfsmitteln wie beispielsweise Vorlesegeräte, sprechende Uhren und sprechende Waagen gedacht.

Beim Ausbau von Anliegerstraßen in kleineren Ortschaften und bei der Gestaltung von Stadtzentren versuchen Verkehrsplaner aus Kostengründen Gehwege einzusparen. Sie gestalten eine einzige Verkehrsfläche mit Auto-, Rad- und Fußgängerverkehr. Barrierefreiheit für blinde und hochgradig sehbehinderte Menschen im Straßenverkehr heißt jedoch, Gehwege vorzufinden, die durch Bordsteine oder Rinnen vom Fahrdamm abgegrenzt sind und ihnen deshalb Schutz und Orientierung bieten. Nur so ist es ihnen möglich, mit dem weißen Langstock ohne fremde Hilfe ihren Weg zu tasten.

Wenn all diese Forderungen ernsthaft Berücksichtigung finden, haben blinde und sehbehinderte Menschen die berechtigte Chance, selbständig am beruflichen und gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

INGEBORG KOLODZEIKE, MdL

## Schulentwicklungsplan: Gefesselt

Am 26. Juni entscheiden die Eberswalder Stadtverordneten über den Schulentwicklungsplan der Stadt. Der Entscheidungsspielraum der Stadt beschränkt sich auf nur noch drei Grundschulen. Ende 2005 war der Beschluß zur Abgabe der weiterführenden Schulen an den Landkreis gefaßt worden. Der Haushalt sollte so saniert werden. Es war eine der letzten wichtigen Entscheidungen in der Ära des 2006 abgewählten Bürgermeisters Reinhard Schulz.

Der Landkreis hatte sich lange gegen eine Übernahme gewehrt. So war eine differenzierte Kreisumlage in der Diskussion, um die zusätzlichen Kosten wieder auf die Stadt Eberswalde abzuwälzen. Zuvor hatte die Kreisverwaltung einen Kreisschulentwicklungsplan vorgelegt, nach dem die Goethe-Oberschule, die bis dahin in der Öffentlichkeit erfolgreichste Schule, der Schließung anheim gefallen wäre. Die ganze Stadt leistete Widerstand. Erfolgreich für die Goethe-Oberschule. Dennoch stimmte eine knappe Mehrheit in der StVV entgegen dem damaligen Votum des Fachausschusses für die Abgabe der Schulen an den Landkreis.

Es folgten Monate voller Verwirrung. Die Stadtverordneten drückten sich vor einer klaren Entscheidung, wie sich die Schullandschaft in Eberswalde entwickeln solle. Obwohl klar war, daß aufgrund sinkender Schülerzahlen und der rigiden Politik des Landes nur noch drei Oberschulen eine Aussicht auf ihren Weiterbestand hatten. Stadtverwaltung und StVV-Mehrheit überließ die weitere Entwicklung dem Zufall – und umschrieb dies mit »Elternwille«. Der Landkreis als neuer Schulträger ließ sich die Chance nicht entgehen und entwickelte nun ein Schulkonzept, das sich allein an finanziellen Erwägungen ausrichtete und die Eberswalder Interessen weitgehend unberücksichtigt ließ.

Für die Goethe-Oberschule hatte sich der Widerstand vom Herbst 2005 gelohnt. Diese Schule wurde plötzlich zur Gewinnerin der neuen Schulplanung. Sicherlich auch dank des Engagements des damaligen Schulleiters. Doch wo es Gewinner gibt, sind auf der Kehrseite

auch Verlierer. Die drei übrigen Oberschulen wurden am Standort Westend zusammengeführt. Gerade jenem Standort, dessen Aufgabe der Fachausschuß der Stadt damals aus guten Gründen empfohlen hatte.

Die Eberswalder Schullandschaft veränderte sich grundlegend, ohne daß seitens der Eberswalder Volksvertreter noch irgendein Einfluß geltend gemacht werden konnte. Und wollte – muß man leider hinzufügen. In der Konsequenz des Beschlusses vom Dezember 2005 wurde ein Jahr später auch noch die Abgabe zweier Grundschulen an den Landkreis beschlossen. Mit der Folge, auch im Grundschulbereich die städtischen Entscheidungsmöglichkeiten auf ein Minimum zu fahnen.

Die heutige Situation der Grundschule »Schwärzese«, deren Schülerinnen und Schüler aufgrund des Lavierens des Landkreises im Zusammenhang mit der Fortführung des OSZ mit einem unsanierten Gebäude vorlieb nehmen müssen, ist auch eine der Folgen der Entscheidung vom Dezember 2005 über die Abgabe der weiterführenden Schulen. In städtischer Hand wäre als Alternative möglich gewesen, die Grundschule mit der inzwischen geschlossenen Einstein-Oberschule analog der Entwicklungen in Mitte und Westend zu einer Oberschule mit integriertem Grundschulteil weiterzuentwickeln und entsprechende Sanierungsmittel bereitzustellen. In diese integrierte Schule hätte auch der gymnasiale Oberstufenteil des OSZ einfließen können.

Eine solche Entwicklung hätte auch den städtebaulichen Erfordernissen zur Stärkung des Stadtteilzentrums des Brandenburgischen Viertels Rechnung getragen.

Doch eine Diskussion solcher Möglichkeiten wurde schon im Ansatz abgeblockt.

Von einer Schulentwicklungsplanung in der Stadt Eberswalde kann unter diesen Umständen nur in sehr eingeschränktem Maße die Rede sein. Wie die aktuellen Probleme der »Schwärzese«-Grundschule belegen, ist die Stadt dabei auf Gedeih und Verderb von den Entscheidungen des Landkreises abhängig.

GERD MARKMANN

## Neuwahl des Sprecherrates beschlossen

Auf seiner Juni-Sitzung hat der Sprecherrat erneut viele Anträge und Themen auf der Tagesordnung gehabt, die das Brandenburgische Viertel weiter entwickeln sollen. So entschieden die Mitglieder des Sprecherrates einstimmig über einen Antrag von Kontakt Eberswalde e.V. und einem Selbsthilfeverein für Migrantinnen und Migranten. Der Verein möchte in die ehemalige Kita Spatzennest umziehen und bekommt dafür 4.500 Euro. Ebenfalls für den Umzug in die ehemalige Kita, die jetzt als Vereinshaus genutzt werden soll, bekommt die Kleiderkammer 1.500 Euro zur Verfügung gestellt.

Das Elter-Kind-Zentrum erhält für die Durchführung von »Vater-Kind-Abenteuertagen« für Väter mit ihren 8 bis 12-jährigen Kinder aus dem Brandenburgischen in der EJB Werbellinsee 255 Euro.

Am Ende stellte der Vorsitzende, Martin Hoeck noch den Antrag das Bürgerforum, in dem der neue Sprecherrat durch die Bürgerinnen und Bürger des Viertels gewählt werden soll, auf Oktober 2008 zu legen. Daher werden ab sofort interessierte Bürgerinnen und Bürger gesucht, die sich für eine Mitarbeit in diesem ehrenamtlichen Gremium interessieren.

MARTIN HOECK

**Beratung**  
für **Kriegsdienstverweigerer**  
mit Thomas Lehmann

im Begegnungszentrum »Wege zur Gewaltfreiheit«,  
16225 Eberswalde, Brautstraße 34, Tel. 03334/22398

## Schulabrißfeier für »Einstein«

Albert-Einstein-Schule wird geschlossen und gleich abgerissen

**Eberswalde (bbp).** Am 16. Juli schließt die Albert-Einstein-Oberschule im Brandenburgischen Viertel endgültig ihre Pforten. Als selbstständige Schule existiert die Einstein-Schule schon seit vorigem Jahr nicht mehr. Zuletzt fungierte der Schulstandort nur noch als Außenstelle der Oberschule Westend, in der auch noch die frühere Oberschule Mitte aufging. Weil in Westend, wie am zweiten Ober-schulstandort in Mitte, aber nicht genügend Platz vorhanden ist und die geplanten Neubauten ein wenig Zeit brauchten bis zur Fertigstellung, gab es noch eine Gnadenfrist. Die ist nun abgelaufen.

Mit Ablauf des letzten Schultages fällt das Gebäude wieder in die Verantwortung der Stadt. Die Stadtverwaltung hat sich auf die Rücknahme gut vorbereitet. Dabei stand von vornherein fest, daß es keine Verwendung für das Gebäude geben wird. Eine schöne Freifläche für die benachbarte Grundschule soll entstehen. Die Ausschreibungen für den Abriß sind gelaufen, am 26. Juni beschließen die Stadtverordneten per Nachtrag die dazu notwendigen 75.000 Euro in den städtischen Haushaltsplan einzustellen. Der Abriß soll nach Auskunft des Baudezernenten Dr. Prüger noch in den Sommerferien erfolgen.

Die Idee einer »Abschiedsfeier« für die Albert-Einstein-Oberschule ist nicht neu. Bereits während des Schülerstreikes im Frühjahr 2006 gab es dazu Überlegungen. Damals noch mit der Absicht, ein letztes Wochenende in der Schule zu verbringen. Die Nachricht vom unmittelbar bevorstehenden Abriß regte die Diskussion über den Abschied erneut an. »Viele hatten sich um diese Schule bemüht, um sie gekämpft und gegen die Schließung geklagt, Geld investiert, Zeit und Kraft«, sagt Hartwin Schulz. »Bis heute gibt es Nachfolgetreffen des damaligen 'Einsteinrates' aus Bürger/innen, Eltern und Schüler/innen im Stadtteil. Und in der Bevölkerung des Stadtteils ist das Thema nicht erledigt. Auch unter zahlreichen Abgeordneten der Stadt und des Landkreises ist das Thema 'Einstein-schule' - und wie die Entscheidungen zustande kamen - nicht erledigt. Im Zuge dessen kann man nicht oft genug deutlich machen: daß Finow und das Brandenburgische Viertel keine Oberschule mehr haben.

All denen, die über die Entscheidung von damals traurig sind und alle die, denen die Art und Weise der damaligen Entscheidungsfindung weh getan hat, sollen die Möglichkeit bekommen, gemeinsam 'Adieu' zu sagen. Die ehemaligen Schüler/innen und Lehrer/innen können Abschied nehmen.

Städteplanung oder auch Abrisse, die Umstrukturierung eines Stadtteils und die Neusortierung von Bildungsstandorten in unserer Stadt müssen auch die Möglichkeit beinhalten, Trauer und Unverständnis zu zeigen. Das hat nichts damit zu tun,



daß wir eine demokratische Entscheidung nicht akzeptieren wollen. Wir wollen am 16. Juli noch einmal daran erinnern, daß es bei der Findung von demokratischen Entscheidungen dazu gehört, die Betroffenen einzubeziehen.«

Gerade dieser Ansatz aber führte in der Stadtverwaltung und im Sprecherrat des Brandenburgischen Viertels zu einigen Irritationen. Mit der Evangelischen Kirchengemeinde als Träger hatte Hartwin Schulz 255 Euro aus dem Fonds »Soziale Stadt« für die Durchführung der Feier beantragt. Auf der ersten Beratung Anfang Mai wurde der Antrag erstmal zurückgestellt. Es bestehe die Sorge, daß die Feier schnell zu einer neuen »Anti-Stadtpolitik-Versammlung« eskalieren könne und daß eventuell das Bündnis für ein demokratisches Eberswalde diese Veranstaltung als Wahlwerbung nutzen möchte, wurde dem Antragsteller mitgeteilt. »Wir brauchen im Antrag eine Garantie, daß dies nicht der Fall ist.« Schnell entstand ein Diskussionsklima, zu dem auch der zuständige Revierpolizist sein Schärfflein beitrug. Er habe erfahren, daß eine »Saufparty« geplant sei nach dem Motto »Wer fällt zuerst, die Schule oder wir?«. Unerwähnt ließ der Revierpolizist, daß dieser Spruch von Hartwin Schulz selber stammte, der dies gegenüber dem Polizisten beiläufig als witzig gemeinte Bemerkung äußerte. Schnell waren Randal-Ängste an die Wand gemalt.

Die Betroffenen waren erstmal sprachlos. Sie fühlten sich in die Zeiten von Bürgermeister Schulz zurückversetzt.

Auf der nächsten Sprecherratssitzung tat René Gloede als Vertreter des Antragstellers sein bestes, um die dummen Befürchtungen zu entkräften. Dennoch geriet die Entscheidung zu einer Kampfabstimmung. Der Sprecherrat stimmte mit 9 gegen 6 Stimmen, bei mehreren Enthaltungen für die Förderung der Schulab-schiedsfeier.

Die Frage, was eine »Anti-Stadtpolitik-Versammlung« ist, wurde übrigens nicht beantwortet. Auch nicht, was »Anti-Stadtpolitik« ist.

## Stadtwerke Eberswalde Zu billig verkauft?

**Eberswalde (bbp).** Vor zwei Jahren, heißt es in einer Anfrage des Stadtverordneten Gerd Markmann (Die Linke) zur StVV am 26. Juni, wurde im Zusammenhang mit dem sogenannten »Spendenskandal« der Verdacht geäußert, daß bei dem Verkauf der städtischen Stadtwerkeanteile im Jahr 2005 Bestechung und Korruption eine Rolle gespielt haben. Daß der Beschluß zum Anteilverkauf rechtswidrig zustande kam, habe bereits 2005 die Kommunal-aufsicht attestiert.

»Im vergangenen Jahr akzeptierten die Käufer Strafbefehle in beträchtlicher Höhe. Sie erkaufte sich damit die Einstellung weiterer Ermittlungen wegen Bestechung. Das kann im Prinzip als Schuldeingeständnis gewertet werden. Zumal die damit zusammenhängenden Ermittlungen wegen Korruption gegen den ehemaligen Bürgermeister nicht eingestellt wurden.« Der Stadtverordnete verweist in diesem Zusammenhang auf Presseveröffentlichungen, in denen der Verdacht geäußert wurde, daß der beim Verkauf der 26prozentigen Stadtwerkeanteile erzielte Kaufpreis von 16,7 Millionen Euro lediglich 30 bis 50 Prozent des tatsächlichen Wertes der Anteile betragen hat. »Demnach wäre der Stadt mit dem Verkauf dieser Anteile ein geschätzter finanzieller Nachteil in Höhe von 16 bis 32 Millionen Euro entstanden. Hierzu bitte ich um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Was hat die Stadtverwaltung unternommen, um den rechtswidrig zustande gekommenen Kaufvertrag rückabzuwickeln? Gab es alternativ dazu Anstrengungen, eine nachträgliche Korrektur des Kaufpreises zu erreichen? Existiert ein Wertgutachten?
2. Was hat die Stadtverwaltung unternommen, um den Verkauf der ersten 25 Prozent der Stadtwerke-Anteile auf seine Rechtmäßigkeit und Werthaltigkeit zu überprüfen?
3. Wann endet jeweils die Verjährungsfrist, um ggf. entsprechende Forderungen gegenüber den Käufern der Stadtwerkeanteile oder den für den Verkauf Verantwortlichen geltend zu machen?«

## Kikow als Einzelkandidat?

**Eberswalde (bbp).** Der Fraktionsvorsitzende der SPD in der StVV Eberswalde Peter Kikow ist bei den Kandidatenaufstellungen der SPD sowohl für die Stadt, als auch für den Kreistag, mit Bausch und Bogen durchgefallen. Nun will Peter Kikow die Konsequenzen daraus ziehen. Wie aus ihm nahestehenden Kreisen verlautete, will er zum 1. Juli aus der SPD austreten, um sich als Einzelbewerber zur Kommunalwahl dem Votum der Wählerinnen und Wähler zu stellen. Kikow sei vor allem unter älteren Eberswaldern durchaus beliebt, was auch seine Wahl zum Vorsitzenden des Seniorenbeirates zeige. Daher seien Chancen, zumindest für einen Einzug in die StVV Eberswalde, zweifellos vorhanden.

## »Minister lobte Barnimer Schulmodell«

So die Schlagzeile in der MOZ am 17. Juni. Minister Rupprecht hält die Schulkonzepte des Landkreises für die Eberswalder Standorte Westend und Mitte als »beispielgebend für das ganze Land«. Unterricht von Klasse eins bis zehn an einer Schule ist wieder modern. Dies ist eine positive Erfahrung des bekannten POS-Modells aus DDR-Zeiten, die »zurückgewonnen« wurde, so Rupprecht. Was da als positive Schulpolitik gepriesen wird, ist dennoch kein Erfolgsmodell.

Zunächst einmal zeigt sich, daß für alles Geld da ist, wenn es die Regierenden denn wollen. Hat die Stadt die weiterführenden Schulen an den Landkreis abgegeben, so standen dahinter keinesfalls schulpolitische Zweckmäßigkeiten, sondern nur die Tatsache, daß die Stadt etwa 350.000 Euro jährlich für die weiterführenden Schulen nicht aufbringen konnte. Hier wäre der Landkreis in der Pflicht gewesen, finanzielle Hilfe (beispielsweise über die Senkung der Kreisumlage) zu leisten. Dies war auch von daher geboten, daß die kreislichen Schulen (Gymnasien) über komfortable Bedingungen verfügen, während die Schulen in kommunaler Trägerschaft ein kärgliches Dasein fristen. Diese finanzielle Hilfe wurde der Stadt versagt. Wenn der Kreis Geld für die Schulen gibt, dann will er auch das Sagen haben. Für die Übernahme der weiterführenden Schulen war und ist nun genug Geld da. Allein für die zweijährigen Umbauarbeiten der jetzt kreislichen Standorte werden über 10 Millionen Euro aufgewandt. Die »maroden« städtischen Schulen hat der Landkreis für einen Appel und ein Ei übernommen, bzw. sie werden zu Lasten der Stadt abgerissen.

Ist durch die Zusammenführung etwas gewonnen? Würde dadurch der Unterricht von Klassen eins bis zehn an einer Schule ermöglicht? Nein, Grund- und Oberschule befinden sich auch im Brandenburgischen Viertel in unmittelbarer Nachbarschaft. Sie brauchten nur unter eine einheitliche Leitung gestellt werden, so wie unter kreislicher Trägerschaft verschiedene Schulen zusammengefaßt wurden. Auch im konkreten Falle der Schulstandorte Mitte und Westend findet Unterricht in unterschiedlichen Gebäuden statt.

Im Brandenburgischen Viertel gibt es nun keine weiterführende Schule mehr, das Gebäude der Einstein-Oberschule wird im Sommer abgerissen, und die Zukunft der verbliebenen Grundschule ist in Anbetracht der kreislichen Schulentwicklungskonzeption auch fraglich. Die »Beispielhaftigkeit« des Barnimer Schulmodells dient wohl vordergründig dem Nachweis der Berechtigung von Fördermitteln, wofür Minister Rupprecht grad eben wieder einen Förderbescheid mitbrachte.

Das Charakteristische der kreislichen Schulpolitik ist die Konzentration von Schulen an einem Standort mit dem Ziel großer vielzügiger Schulen und hoher Klassenstärken. Davon verspricht sich der Landkreis eine höhere Wirtschaftlichkeit und das allein ist der Maßstab kreislicher Schulpolitik. Die Behauptung, daß dadurch auch bessere Bildungserfolge erzielt werden, bedarf erst noch des Beweises. Der nicht nachlassende Trend zum Besuch von Privatschulen zeigt die Zweifel der Eltern an derartigen staatlicher Schulpolitik.

Dem Streben nach Errichtung und Erweiterung privater Schulen versucht der Landkreis

administrativ zu begegnen. Die drei vorliegenden Anträge von Privatschulen zur Neugründung bzw. Erweiterung wurden allesamt durch den Landrat negativ beurteilt. Dafür gebe es keinen Bedarf, weil der Landkreis genügend Schulen vorhält.

Eine ablehnende Stellungnahme des Landkreises ist zwar zur Rettung der eigenen Schulpolitik verständlich, steht dem Landkreis aber gar nicht zu. Die Lösung des Problems kann auch nicht die Verhinderung von Privatschulen sein, sondern nur die Umsteuerung in der staatlichen Schulpolitik.

Grundsätze staatlicher Schulpolitik sollten unter anderem auch sein:

- Nicht Schulen konzentrieren, sondern Schulen müssen dort sein, wo die Kinder sind.
- Auch sehr geringe Klassenstärken sind kein Grund, Schüler zusammen zu karren. Verzicht auf den Frontalunterricht und jahrgangsübergreifendes Lernen sind nicht nur mögliche, sondern gar bessere Alternativen.
- Nicht die Vielzahl der Kurse, sondern Lernmotivation und Orientierung auf ein hohes anwendungsbereites Wissen garantieren den Bildungserfolg.
- Kinderzeit ist wertvoll und darf nicht auf langen Schulwegen vergeudet werden.
- Schulen sind unverzichtbare Bestandteile des geistig-kulturellen Lebens in den Dörfern und Stadtteilen und gehören auch dorthin.

Ohne Beachtung solcher Grundsätze kann nicht von einem beispielgebenden Barnimer Schulmodell gesprochen werden. Da werden die Herren Rupprecht und Ihrke noch eine Weile nachsitzen müssen.

ALBRECHT TRILLER

## »Um so besser sind wir im nächsten Jahr«

**Finow (bbp).** Am 9. Juni hatte die Freie Oberschule Finow Schüler, Eltern und Interessenten zu einem Filmabend über »Treibhäuser der Zukunft« eingeladen. Der Film begeisterte, dennoch blieb die Stimmung unter den rund 40 Gästen gedrückt. Vierzehn Monate nach der Antragstellung teilte das zuständige Ministerium seine Absicht mit, den Antrag auf Eröffnung der Freien Oberschule Finow abzulehnen. Grund für die Ablehnung seien Mängel im pädagogischen Konzept. Formulierungen wie »nicht näher eingegangen«, »erscheint vor diesem Hintergrund widersprüchlich«, »nicht überzeugend nachvollziehbar« und ähnlich nebulöse Begriffe deuten auf reine Auslegungen. Zudem wird am 6. Juni mitgeteilt, daß dem am 9. April geäußerte Gesprächswunsch zur Klärung eventueller Probleme »nicht mehr entsprochen werden« kann.

»Das ist das typische Verhalten der Schulaufsicht: sie kann nur in ihren eigenen Verordnungen denken«, meint ein Vertreter vom Verband der

Freien Schulen Brandenburgs, als er von der Ablehnungsankündigung erfuhr. Das sei aber alles nicht nötig, sagt er. Freie Schulen müssen genehmigt werden, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen des Grundgesetzes erfüllt sind. »Diese sind: gleiche Ziele (das ist der Abschluß, bitte schön, und nichts kleinkariertes), Lehrpersonal mit adäquater Ausbildung, ausgestattete Gebäude und keine Sonderung nur für Reiche.« Auf einen Rechtsstreit, der zwei Monate vor der geplanten Eröffnung auch bei einem Erfolg kaum Chancen für einen pünktlichen Schulbeginn ließe und zudem erhebliche Kraft und finanzielle Mittel verbrauchen würde, will sich der Verein aber nicht einlassen. Daher gingen die Finower Oberschüler inzwischen auf das Ultimatum des Ministeriums ein. Diesem wurde mitgeteilt, daß bei Aufrechterhaltung des Antrages den Eröffnungstermin der Schule um ein Jahr verschoben werde. Die Freie Oberschule Finow soll nunmehr zum Schuljahr 2009/2010 eröffnet werden.

Dem Schulprojekt kommt diese Verschiebung durchaus entgegen, da durch die verzögerte Antragsbearbeitung sich auch viele wichtige Vorbereitungen verzögerten. Inzwischen sammelte der Trägerverein zudem viele wichtige Erfahrungen und knüpfte zahlreiche wertvolle Kontakte.

Der Vereinsvorsitzende Hartwin Schulz brachte die augenblickliche Stimmung im Verein auf den Punkt. Das Ministerium habe das Problem jetzt vom Tisch, weil es keine Lösung wollte. »Um so besser werden wir zum kommenden Jahr sein«.

Die Sanierungsarbeiten am Gebäude schreiten voran. Zahlreiche Fenster sind inzwischen repariert und frisch gestrichen. Im Juli erhält das Treppenhaus neue Farbe. Es wird das Prüfungsobjekt für die Lehrlinge der Firma Hübner. Am 18. Juni holten mehrere Vereinsmitglieder und Helfer neue Möbel aus Berlin. Und am 27. Juni veranstaltet der Schulverein in der Rathauspassage einen Kuchenbasar.



## Dr. Andreas Steiner kandidiert für Bündnis 90/Grüne

Der für sein ehrenamtliches Engagement in der Umwelt-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik bekannte Dr. Andreas Steiner wird bei den Kommunalwahlen 2008 als Parteiloser auf der Liste von Bündnis90/Die Grünen für den Kreistag Barnim und die Stadtverordnetenversammlung Eberswalde kandidieren.

Für mich ist die Kandidatur von Dr. Steiner für die Grünen logisch. In den letzten Jahren hat er mit mir und anderen Grünen in politischen Sachfragen eng und konstruktiv zusammengearbeitet. Hervorheben möchte ich den erfolgreichen Kampf um den Erhalt der Allee Rüdnitz-Danewitz-L29 sowie das gemeinsame Engagement für den regionalen Baum- und Alleenschutz. Gemeinsam mit dem Kreissprecher der Bündnisgrünen, Karl-Dietrich Laffin, ist Andreas Steiner Stellvertreter der Vorsitzenden der Eberswalder Gruppe in der Bürgerinitiative für eine gesunde Umwelt Schorfheide e.V., die sich gegen den Bau der Sondermüllverbrennungsanlage in Eberswalde zur Wehr setzt.

Ich finde es konsequent und aufrichtig, daß sich Dr. Steiner nicht als »sozial- und umwelt-

politisches Feigenblatt« der Barnimer SPD verheizen läßt und freue mich auf einen streitbaren und kompetenten Partner. Steiners Kandidatur für die Grünen ist für mich eine folgerichtige Konsequenz der von ihm propagierten Ziele und Ideale. Dr. Steiner war fünf Jahre lang Mitglied der SPD. Hier führte er die gewerkschaftsnahe, linksorientierte Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD Barnim (AfA Barnim) an. Gleichzeitig wirkte er im Landesvorstand der AfA Brandenburg und im Vorstand des SPD Ortsvereines Finow als Pressesprecher. Von 2004 bis 2007 war Andreas Steiner Sachkundiger Einwohner im Ausschuß für Landwirtschaft, Umwelt und Abfallwirtschaft (A5) des Kreistages Barnim für die SPD. Im Zuge der Auseinandersetzungen um die Allee Rüdnitz-Danewitz wurde er von seiner Fraktion jedoch abberufen.

Der diplomierte Geograph und promovierte Waldökologe gehört dem Umweltnetzwerk GRÜNE LIGA Brandenburg und der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di an. Derzeit ist er für die GRÜNE LIGA Mitinitia-

tor und gesetzlicher Vertreter der Volksinitiative und des Volksbegehrens »Für ein Sozialticket in Brandenburg«.

Nach eigenen Angaben möchte sich Dr. Steiner in seiner politischen Arbeit für die Barnimer Grünen, neben ökologischen Inhalten, vor allem mit arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Themen beschäftigen. Wir gehen davon aus, daß beide Seiten von der künftigen Zusammenarbeit profitieren.



Nach eigenen Angaben möchte sich Dr. Steiner in seiner politischen Arbeit für die Barnimer Grünen, neben ökologischen Inhalten, vor allem mit arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Themen beschäftigen. Wir gehen davon aus, daß beide Seiten von der künftigen Zusammenarbeit profitieren.

Nach eigenen Angaben möchte sich Dr. Steiner in seiner politischen Arbeit für die Barnimer Grünen, neben ökologischen Inhalten, vor allem mit arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Themen beschäftigen. Wir gehen davon aus, daß beide Seiten von der künftigen Zusammenarbeit profitieren.

STEFAN STAHLBAUM,

stellvertretender Sprecher des Kreisverbandes

## Kein Ermittlungsverfahren gegen Bürgermeister

**Eberswalde (bbp).** Die Strafanzeige gegen den Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski (BBP 5/2008) ist von der Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) »mangels zureichender tatsächlicher Anhaltspunkte für eine strafbare Handlung« abgewiesen worden. Inzwischen erhielt der Anzeigenerstatter Karl-Heinz Blättermann die Mitteilung, es lägen »keine zureichenden tatsächlichen Anhaltspunkte vor, daß der von Ihnen Beschuldigte widerrechtlich in Ihre Wohnung eingedrungen ist und Ihnen Ihr Eigentum gestohlen hat«. Allerdings hatte Blättermann den Bürgermeister lediglich in dessen Funktion als Dienstvorgesetzter eines städtischen Vollstreckungsbeamten angezeigt, welcher in Amtshilfe während Blättermanns Abwesenheit im Herbst 2006 eine Forderung der LASA aus dem Jahr 1999 vollstrecken wollte. Insofern mußte Blättermann mit einer solchen Antwort rechnen, zumal Boginski erst am 1.12.2006 sein Amt als Bürgermeister antrat.

Auf diese Zusammenhänge ging die Staatsanwaltschaft in ihrem Schreiben nicht ein. Nach den Aussagen von Blättermann hatte sich der Vollstreckungsbeamte ohne sein Wis-

sen gewaltsam Zugang zu Blättermanns Wohnung verschafft und eine wertvolle Briefmarken- und Münzsammlung sowie ein Jagdfernrohr an sich genommen. Zunächst hatte Blättermann die Polizei verdächtigt, in seine Wohnung eingedrungen zu sein, und hatte entsprechende Anzeigen verfaßt. In ihrem aktuellen Bescheid bezieht sich die Staatsanwaltschaft vor allem auf die bereits damals geltend gemachten Ablehnungsgründe ohne auf die konkreten Sachverhaltsbeschreibungen der aktuellen Anzeige einzugehen. Sie kommt zu dem Schluß: »Hinweise, die einen Einbruch, einen Diebstahl oder eine Sachbeschädigung hinreichend erscheinen lassen, sind nicht ersichtlich«. Ein Ermittlungsverfahren werde nicht eingeleitet.

Auf den angezeigten Bürgermeister bezogen, ist diese Entscheidung zweifellos begründet. Allerdings bleiben die Vorwürfe gegen den Vollstreckungsbeamten, daß dieser unrechtmäßig in Blättermanns Wohnung eingedrungen und Wertgegenstände mitgenommen hatte, nun ungeprüft. Blättermann hat inzwischen gegen den Bescheid Beschwerde beim Landesgeneralstaatsanwalt eingelegt.

## Die Folgen waren absehbar

Die ehemals selbstbewußte und mitgliederstärkste Volkspartei ist nur noch ein Schatten ihrer selbst. Doch über miserable Umfragewerte und fortwährend starke Mitgliederverluste braucht sich die SPD nicht zu wundern. Seit den 1970er Jahren gibt sie Kompetenzfelder insbesondere an neue politische Mitbewerber ab. Als etwas sozialere CDU hat sie keinen Platz in der politischen Landschaft der Bundes-

republik. Auch bei den Sozialdemokraten fängt der Fisch am Kopf zu stinken an.

Die ersten Schritte für einen Neuanfang wären die Entmachtung des alten Parteiapparates auf allen politischen Ebenen und eine größere Einflußnahme der Basis. Doch dies können nur die Mitglieder selbst in die Hand nehmen.

Dr. ANDREAS STEINER

## Hertha-Fanclub in Not

**Eberswalde (bbp).** Mit der Schließung der kleinen Kneipe in der früheren Sero-Annahmestelle im Brandenburgischen Viertel verlor der Fanclub des Berliner Fußballvereins »Hertha BSC« faktisch über Nacht ihren Vereinsraum. Die Kneipe mußte schließen, weil die Eigentümer Eigenbedarf geltend gemacht hatten. Die Hertha-Fans, überwiegend Bewohner des Brandenburgischen Viertels und meist ohne Arbeit und Einkommen, wandten sich daher an den Sprecherrat im Viertel. Auf dessen Sitzung am 9. Juni brachten mehrere Vertreter des Fanclubs ihr Anliegen vor. Eine schnelle Lösung konnte ihnen nicht versprochen werden, zumal die Fußballfans kaum auf Eigenmittel zurückgreifen können. Die Stadtwerke als Hauptsponsor des Clubs hatte nach dem Verkauf der städtischen Anteile sein Engagement eingestellt. Der Sprecherrat und die anwesenden Vertreter der Stadtverwaltung sagten zu, dem Fanclub bei der Suche nach einem neuen Vereinsraum zu unterstützen.

## Namen für Riesen-Ameise

**Eberswalde (prest-ew).** Am 29. Juni endet die Sonderausstellung »Ameisen die strategischen Riesen auf der Briefmarke« im Museum in der Adler-Apotheke Eberswalde. Danach wird die Riesen-Ameise, die auf dem Markplatz den Weg zur Ausstellung wies, in den Familiengarten gebracht. Die Brandenburgische Ameisen-schutzware e.V. und das Museum starteten nun die Namenssuche. Für den besten Vorschlag gibt es einen handsignierten Entwurf des Metallgestalters Eckhard Herrmann und eine Jahreskarte zum Museumsbesuch für 2 Personen zu gewinnen.

## Verkehrsentwicklungsplan

### Taten statt Warten

Der neue Verkehrsentwicklungsplan (VEP) für Eberswalde steht kurz vor der Beschlußfassung. Damit liegt eine weitere, umfassende und auf aktuellen Zahlen beruhende Analyse der verschiedenen Verkehrsströme in der Stadt vor.

Im Jahr 18 nach der Wende ist es nun endlich an der Zeit, zu handeln, um die drängendsten Verkehrsprobleme zu lösen bzw. zu Verbesserungen zu kommen. Der VEP bietet dafür Maßnahmevarianten an, die im innerstädtischen Bereich liegen und hohe Entlastungspotentiale für die Brennpunkte im Zentrum und den Ortskernen bieten. Als Beispiele seien Netzerweiterungen mit zentrumsnahen Trassen wie dem Schellengrund und dem Lichtfelder Weg genannt. Auf diese innerstädtischen Lösungen sowie deutliche Verbesserungen beim Rad- und Fußgängerverkehr sollte man sich nun konzentrieren und zielgerichtet vorgehen.

Die geplante weiträumige Umfahrung der Stadt im Zuge einer B 167 neu bringt – wie im VEP erneut nachgewiesen – für das Stadtgebiet kaum eine Entlastung. Ihre Realisierung steht ohnehin weiter in den Sternen. Die Stadt sollte also endlich unabhängig davon agieren und den sogenannten »Plan B« verfolgen.

ANDREAS FENNERT,  
Stellv. Fraktionsvorsitzender Grüne/BFB

### Wer verdient am Benzin?

Einem ZDF-Text vom 20. Juni war zu entnehmen, daß die US-Amerikaner ihre Regierung auffordern, die eigenen Ölreserven in den Naturschutzgebieten, vor den Küsten Alaskas gelegen, zu erschließen, weil der Benzinpreis erstmals die Grenze von 4 US-Dollar je Gallone (4,5461 Liter) überschritten hat.

Daraus ergibt sich mit dem aktuellen Umrechnungskurs von 1 Euro zu 1,55 Dollar ein Literpreis von 0,57 Euro. Kein Wunder, daß es da die Amis nicht interessiert, wieviel ihre Spritschleudern saufen.

Ein paar Tage später war folgende Information zu lesen: In der BRD wird je Liter Benzin eine Energiesteuer von 0,654 Euro erhoben, desweiteren 4,1 Cent je Liter für die Bevorratung und auf die gesamte Nettosumme einschließlich der Rohölkosten, der Herstellung und der Gewinne der Ölmultis noch einmal 19 % Mehrwertsteuer.

All das berücksichtigt, bleibt ein Preis von 0,56 Euro pro Liter übrig, legt man der Berechnung einen Bruttopreis von 1,55 Euro pro Liter zu Grunde.

Der Staat verdient also an jedem Liter Benzin 0,95 Euro, damit also das Mehrfache von dem, was die Ölmultis kassieren. Womit nicht gesagt sein soll, daß man diese deshalb bedauern müßte.

BERND POMRAENKE

## Bürgerinitiativen handeln gemeinsam

Stadtverordnete sollen den Verkehrsentwicklungsplan ablehnen

**Eberswalde (bbp).** Die Bürgerinitiativen »Keine Schnellstraße B167n zwischen Eberswalde und Bad Freienwalde«, »Eichwerder Ring«, »Ausbau Erich-Mühsam-Straße«, »Paschenberg«, »Kupferhammerweg« und »Boldtstraße« haben sich jetzt mit einem gemeinsamen Brief an die Eberswalder Stadtverordnetenversammlung gewandt. Zugleich riefen sie die Bürgerinnen und Bürger dazu auf, sich am Tag der StVV-Sitzung am 26. Juni um 15 Uhr auf dem Markt zur Protestdemo zu treffen.

»Wir, die Bürgerinitiativen«, heißt es in dem Brief, »lehnen den Verkehrsentwicklungsplan (VEP) der Stadt Eberswalde und den inhaltlich damit abgestimmten Luftreinhalte- und Lärmaktionsplan in den aktuellen Fassungen strikt ab«. Das Szenario 1 des VEP übernehme ohne jede Diskussion die Planungen des Landes sowohl für eine Nordtangente als auch für die Variante 3 des Raumordnungsverfahrens für die B 167n östlich von Eberswalde, meinen die BIs. Bei der Übernahme der Variante 3 handele die Stadt gegen ihre eigene Stellungnahme zum ROV vom 26.11.2007. Dort heißt es: »Keine der Varianten ist durch die Stadt zustimmungsfähig«. Diese Kritik werde im VEP an keiner Stelle aufgenommen. Ebensowenig werde versucht, den städtischen Verkehrsproblemen mit eigenen alternativen Lösungsvorschlägen zu begegnen.

Die vorgeschlagenen Varianten sind für die Bürgerinitiativen nicht akzeptabel. Abgesehen von Zusatzbelastungen vor allem für Sommerfelde, sind sie ungeeignet, das Stadtzentrum zu entlasten. Der Brief setzt sich detailliert mit den als Alternative angebotenen kleinen Innenstadtumgehungen, wie dem »Eichwerder Ring« und die »Hausbergtrasse« auseinander. Eine Drosselung der Durchlaßfähigkeit der Breiten Straße als Voraussetzung für eine Entlastung im Zentrum würde nach Auffassung der Bürgerinitiativen den Verkehr nur zum Teil auf die Hausbergtrasse und den Eichwerder Ring umleiten. »Jede sanierte Straße im westlichen Altstadtbereich wird eher zur Umfahrung der Breiten Straße genutzt werden.« Das betreffe z.B. die Heinrich-Heine-Straße/Lessingstraße, die Mühsam-Straße und die Goethestraße. Zudem soll die Hausbergtrasse als »städtische« Straße ausgebaut werden. »Die Stadt subventioniert hier also das Land, dessen eigene Planungen nicht ge-

eignet sind, die Probleme der B 167 zu lösen.« Außerdem seien schon jetzt erhebliche Kosten für Gebäudeabriss, Erdbewegungen und aufwendige Lärmschutzmaßnahmen bei vergleichsweise geringem Nutzen absehbar. Zudem verliere die östliche Altstadt bei Umsetzung der Planungen deutlich an Attraktivität. Kritisiert wird auch das generelle Fehlen von Kostenschätzungen im VEP.

»Wir lehnen auch die Nordtangente ab, die nicht geeignet ist, eine wesentliche Entlastung der heutigen B 167 zu erzielen.« Im Bereich Westend mit Boldt- und Britzer Straße sowie Kupferhammerweg würde keine Entlastung erreicht, weil einer der wenigen Anbindepunkte der B167n an das innerstädtische Straßennetz der »Britzer Knoten« sei. »Überörtliche Verkehre nach Westen sind zu 80 Prozent in Richtung Berlin orientiert. Es müßte daher selbstverständlich sein, daß man den Raum Eberswalde/Finowfurt südlich von Finowfurt an die Autobahn anbindet. Das kann nicht als 'Angelegenheit von Finowfurt' abgetan werden. Eine Anbindung der B167 an die Autobahn auf der Höhe des Üdersees bedeutet für fast alle Eberswalder und Finowfurter, die in Richtung Berlin wollen, deutliche Umwege, da sie erst nach Norden fahren müssen, obwohl sie nach Süden wollen. Umwege verursachen Zeitverlust, höheren Spritverbrauch und mehr Abgase.«

Das Szenario 2 für den Fall, daß Nord- und Osttangente nicht kommen, ist zumindest in seinem östlichen Teil ebenfalls nicht geeignet, die Verkehrsprobleme zu lösen, da als Lösung für die Umfahrung der Altstadt die Hausbergtrasse aus dem Szenario 1 übernommen wird. »Ergebnis dieses Szenarios wird die flächenmäßige Verteilung des innerstädtischen Verkehrs auf das Straßennetz der Stadt sein.«

Die Bürgerinitiativen fordern die Stadtverordneten auf, in der Stadtverordnetenversammlung am 26. Juni »den Verkehrsentwicklungsplan, den Luftreinhalteplan und den Lärmaktionsplan in den aktuellen Fassungen abzulehnen und von der Stadtverwaltung eine vollwertige, bundesstraßentaugliche Alternative sowohl zur Nordtangente als auch zur Osttangente entwickeln zu lassen. Solche Alternativen hat die Stadt bereits in früheren Jahren schon entwickeln lassen, sie kann sich also weitgehend auf Planungen stützen, die bereits vorliegen.«

## Barnimer Grüne verleihen Umweltpreis

Anläßlich des Weltumwelttages am 5 Juni haben Bündnis 90/Die Grünen wieder den Barnimer Umweltpreis ausgeschrieben. Der Preis ist mit 750 Euro dotiert.

Prämiert werden besonderes ehrenamtliches Engagement, Eigeninitiative und Kreativität beim Schutz von Natur, Umwelt und Klima sowie in der Umweltbildung. Bewerben können sich Einzelpersonen, Gruppen und Vereine aus dem gesamten Landkreis Barnim. Qualifizierte

Vorschläge für die Preisvergabe sind ebenfalls erwünscht. Die Projekte und Initiativen sollen anschaulich dargestellt und bis zum 10. Juli im Büro von Bündnis 90/Die Grünen, Brautstraße 34, 16225 Eberswalde, eingereicht werden.

Im Jahr 2007 ging der 1. Preis an die Natur & Umwelt AG Eberswalde. Den 2. und 3. Preis erhielten der Verein Ökodorf Brodowin und der FH-Absolvent Daniel Fischer.

ANDREAS FENNERT

Barnimer Baumschutzstammtisch in Ahrensfelde:

## Bürgermeister Gehrke will Zusammenarbeit

**Ahrensfelde (bbp).** Am 9. Juni traf sich der Barnimer Baumschutzstammtisch zu seiner monatlichen Sitzung, diesmal in Ahrensfelde. Dabei gab es eine Zusammenkunft mit der neu gegründeten Bürgerinitiative »Straßenausbau Ahrensfelde«, welche die Straßenausbauarbeiten im Dichterviertel von Ahrensfelde zukünftig begleiten wird. Zuvor gab es einen Ortstermin in den Straßen, wo über 150 alte Bäume zu meist unmotiviert und übereilt einem geplanten Straßenausbau geopfert wurden. Ortsvertreter oder Amtsmitarbeiter, wie die direkt am Treffpunkt wohnende und an der Fällentscheidung unmittelbar beteiligte Sachbearbeiterin für Bauordnung und Umweltschutz Christiana Hirschmüller nahmen leider nicht teil.

Ingo Jänich und andere Vertreter der BI übernahmen die Führung und verschafften den Baumschützern einen Überblick über die Situation. Die Fällungen vitaler Straßenbäume erfolgten Anfang März ohne Vorankündigung. Die Anwohner hatten so nicht einmal die Möglichkeit, ihre geparkten Autos in Sicherheit zu bringen. Ebenso überraschend begannen auch die eigentlichen Bauarbeiten.

Entsprechende Kritik mußte sich Bürgermeister Wilfried Gehrke (CDU) anhören, der als Gast an der anschließenden Beratung teilnahm. Rainer Niemsch vom Baumschutzstammtisch hält die Ahrensfelder Geschichte im Dichterviertel für eine Skandalaktion. So kritisierte er, daß die Anliegerversammlung erst nach der Fällaktion stattfand. »Es handelt sich hier um das Negativbeispiel einer extrem baumfeindlichen Straßenplanung«, so Niemsch, »die im hemmungslosen Abholzungswahn die skandalösen Auswüchse einer verfehlten Amtspolitik zeigt. Anlieger sagten uns, daß sie ehemals aus Berlin ins nahe Grün zogen und nun ohnmächtig diesen Frevel erlebt haben, der sie nicht allein um die geliebten Schattenspender ärmer gemacht hat.«

Gehrke erläuterte dem Stammtisch die Positionen der Gemeinde. Den Ausbau der Straßen auf eine Breite von 5,50 Metern, weshalb so viele Bäume gefällt werden mußten, sei eine Forderung der Gemeindevertretung gewesen. Er selbst habe für eine Breite von 4,50 Me-

ter ohne Fußweg plädiert, da es sich ja um verkehrsberuhigte Zonen handelt. Der Bürgermeister räumte ein, daß die Information der Bürger nicht optimal gelaufen sei. Damit sei die ausführende Firma beauftragt worden, was die Verwaltung aber nicht ausreichend kontrolliert habe. Gehrke wies auch darauf hin, daß es durchaus Anwohner gebe, die sich gegen die Straßenbäume wenden, weil das Laub Dreck sei und die Bäume die Parkmöglichkeiten einschränken würden. Als Beispiel nannte er die Birkholzer Allee, deren Bewohner nach seiner Darstellung mehrheitlich keine Allee wollen.

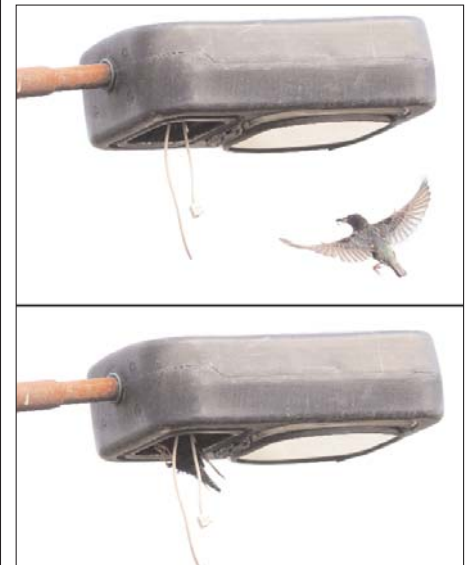
Dr. Andreas Steiner verwies hingegen auf die benachbarte Heinestraße. Hier wurde vor geraumer Zeit baumerhaltend geplant. Er vertritt die Auffassung, daß Verkehrsplanung und Ökologie im ausgewogenen Verhältnis Berücksichtigung finden müssen. Dabei sei Transparenz wichtig und die Mitbestimmung der Bürger einzufordern. Ansonsten führe das zu Politikfrust.

Dietrich Rostoski vom Barnimer Baumschutzstammtisch machte den Vorschlag, Ersatzpflanzungen aus dem Bürgerhaushalt zu bezahlen, statt ausschließlich die Anwohner damit zu belasten.

Ingo Jänich und Susanne Emonds von der Bürgerinitiative versprachen, sich auch künftig einzumischen, wenn es um Straßenbaumaßnahmen in Ahrensfelde geht. Zugleich wollen sie engen Kontakt zum Baumschutzstammtisch halten und dort mitarbeiten. Sie schlagen zudem vor, daß sich die Gemeinde eine Baumschutzsatzung gibt. Von Stefan Stahlbaum erfuhr die Anwesenden einige interessante Details, warum vielerorts bestehende Baumsatzungen in den letzten Jahren ersatzlos aufgehoben wurden.

Bürgermeister Gehrke zeigte sich an einer einvernehmlichen Kooperation mit dem Baumschutzstammtisch und der Bürgerinitiative interessiert. Die Pflanzung und das Pflegen junger Bäume sei keinesfalls billiger als die Erhaltung der alten Bäume, stellte er klar. Künftig wolle er bei Planungen auch die Fachkompetenz des Baumschutzstammtichs nutzen.

## Stare in der Laterne



Tiere suchen sich manchmal ungewöhnliche Brutplätze aus. Dabei ist die Anpassungsfähigkeit so genannter städtischer Kulturfolger immer wieder erstaunlich.

So wie in diesem Fall: Hier hat sich ein Starpenpärchen in einer nicht mehr funktionstüchtigen Laterne auf dem Gelände des ehemaligen Leuchtenbaus an der Schönholzer Straße im Eberswalder Stadtteil Finow häuslich eingerichtet.

Der Nistplatz scheint gegenüber Beutegreifern wie eine Festung zu sein. Raubsäuger werden es, wenn überhaupt, nur mit erheblicher Mühe schaffen, am glatten Laternenmast aus Beton und Stahl hochzuklettern. Aber auch für Greifvögel und Krähen wird es nicht möglich sein, auf der Lampe sitzend kopfüber in die Öffnung zu spähen, um sich die Jungvögel zu holen.

Nachdem ich den ungewöhnlichen Nistplatz entdeckt hatte, fragte ich den Eberswalder Hobbyfotografen Thomas Kirschstein, ob er diese Kuriosität mit seiner guten Fotoausrüstung festhalten würde. Ich hätte nicht gedacht, daß Tierfotografie solch ein schwieriges Metier ist: Unzählige Versuche waren nötig, bis ein paar gescheite Fotos dabei herum kamen.

Dr. ANDREAS STEINER

## Platzverweis für Feuerwerk beim Finow-Cup

**Eberswalde (bbp).** Der Finow-Cup lockte am Wochenende (21./22. Juni) zahlreiche Finower und ihre Gäste auf das Gelände am Wasserturm Finow. Als Höhepunkt gab es am späten Sonnabend ein Feuerwerk. Ursprünglich sollten die Raketen direkt am Wasserturm gezündet werden. Es bedurfte des Engagement von Otto Baaz vom Förderverein Finower Wasserturm, der tatkräftig von Dr. Andreas Steiner (GRÜNE LIGA Brandenburg) unterstützt wurde, um die Verlegung auf einen in der Nähe liegenden Platz zu erreichen.

Denn im frisch sanierten Finower Wasserturm zieht derzeit ein Turmfalkenpärchen seine Jungen groß. Die Jungvögel sind schon relativ groß und schauen ab und zu aus der Kastenöffnung heraus. Das Feuerwerk unmittelbar am Wasserturm, wobei auch der Wasserturm selbst von den Raketen beschossen werden sollte, hätte die Turmfalken in nicht absehbarer Weise erheblich beeinträchtigt, geschädigt oder vielleicht sogar getötet.

Die zuständige Ordnungsbehörde der Stadt Eberswalde griff die Kritik auf und beauflagte

die Organisatoren des Finow-Cup, das Feuerwerk auf dem benachbarten Sportplatz abzuhalten. Jörg Thiem, Geschäftsführer der Stadtwerke Eberswalde GmbH, welche den Finow-Cup sponsorte, zeigte sich empört.

Der Nistkasten, in dem das Turmfalkenpaar ihre Jungen aufzieht, wurde im Zuge der Sanierungsarbeiten extra am Finower Wasserturm angebracht, um das Schwinden der Turmfalkenpopulation im Finowtal infolge diverser Fassadensanierungen und des Abrisses alter Fabrikgebäude aufzuhalten.

Erinnerungen an eine dramatische Zeit (Teil IV)

# Mein Jahr Achtundsechzig

*Die Intervention. Wie ich Dissident wurde.*

**Für alle, die die Entwicklung um die Tschechoslowakei mit Spannung und Anteilnahme verfolgten, war die Glaubwürdigkeit der Informationen ein Kernproblem – sofern sie nicht unkritisch der Propaganda einer der Konfliktseiten folgten.**

Zu letzteren zählt der Leipziger Historiker Hartmut Zwahr, damals wie ich Nachwuchswissenschaftler, der 2007 sein Tagebuch aus jener Zeit veröffentlichte (1). Wie ich durch meine persönlichen Kontakte, war er als Sorbe Sympathisant der Tschechen mit einer stark emotional bestimmten Sicht auf die Ereignisse. Mich wundert aber, daß Zwahr weder im Tagebuch noch nachträglich als Herausgeber den Versuch einer Analyse der Zusammenhänge gemacht hat, in denen die damalige Entwicklung stand. Bei ihm gibt es keinen Kalten Krieg zweier Militärallianzen, keinen Gedanken an mögliche Aktivitäten der »anderen Seite« noch an die in seiner Wissenschaft unerläßliche Quellenkritik. Der Tagebuchschreiber ist von Anfang an leidenschaftlicher Dissident, und man liest, wie der »unter Zwang« (!?) in die SED eingetretene Junghistoriker, der aktiv und an vorderer Stelle in die Partearbeit an der Leipziger Universität eingebunden war, seine Dissidenz sorgfältig verborgen haben muß.

Obwohl von ähnlichen Gefühlen bewegt, habe ich mir die Sache nicht so einfach gemacht. Meine Arbeit als Naturwissenschaftler erforderte immer die kritische Prüfung der Fakten und meiner Schlußfolgerungen. Das allerdings war im Falle der CSSR fast nicht möglich, weil die Agitation beider Seiten die Fakten verschleierte. Aber Zwahr ist wohl auch ein Modellfall für die Kräfte, die damals in der KPC und vor 1989 in KPdSU und SED im Verborgenen wirkten.

Wie er habe ich alle zugänglichen Informationen genutzt und Wichtiges notiert. Solche Quellen waren für mich Radiosendungen von Ost und West, von Radio Prag, deutschsprachige Zeitungen aus sozialistischen Ländern (Budapester Rundschau, Prager Volkszeitung) und Blätter westlicher kommunistischer Parteien, die man am Kiosk erhielt: L'Humanité (Paris), Morning Star (London), New Age (New Delhi), Vorwärts (Basel). Sie berichteten vieles, was man in DDR-Medien nicht oder nur verstümmelt erfuhr: kritische Stimmen in diesen Parteien, Protestaktionen in der DDR (z.B. die Havemann-Söhne), die Selbstverbrennung des Studenten Jan Palach im Januar 1969. Dazu erhielt ich in Berlin das offizielle Prager Auslandsmagazin »Im Herzen Europas«, herausgegeben von der prominenten kommunistischen deutsch-jüdisch-tschechischen Schriftstellerin und Journalistin Lenka Reinerová.

Von meiner Reise hatte ich keineswegs den Eindruck unmittelbarer Gefahr für den Sozialismus im Land mitgebracht. Ich mußte mir allerdings sagen, daß ich, außer der Stippvisite in

Prag, nur auf dem Land und in Kleinstädten war, wo es keine Anzeichen von Unruhe gab. Zudem hätte mein Tschechisch kaum gereicht, um antisozialistische, prowestliche Untertöne wahrzunehmen. Auch zeigte sich bald, daß die Situation in der Slowakei nicht so zugespitzt war wie in den tschechischen Ländern. Mlynar, Politologe und einer der Architekten der Reformpolitik, hat das später mit der größeren »Realitätsnähe« der Slowaken erklärt (2).

Während der zweiten Julihälfte warnten die Warschauer-Pakt-Staaten immer wieder vor der Gefahr einer Konterrevolution, so während des Warschauer Treffens der fünf Länder, deren offener Brief von den Massenmedien der CSSR mit Angriffen beantwortet wurde. Militärmanöver rund um die CSSR weckten höchste Besorgnis. Das sowjetisch-tschechoslowakische Treffen in Cierna und die Deklaration von Bratislava (1.-4. 8. 68) beruhigten die Situation: Keine heftige Medienpropaganda mehr, keine Meldungen über Militärübungen... Daß die Übung »Vltava« insgeheim andauerte (3), war nicht bekannt: Auch die vielen Versuche während des August, die Dubcek-Führung zu warnen – vor allem der Besuch Kadars am 17.8. (4) – wurden öffentlich kaum wahrgenommen und von der Führung der KPC offenbar falsch bewertet. Nach Mlynar hatte man in Prag Informationen aus London vertraut, die eine Intervention als unwahrscheinlich darstellten (2). Als diese dennoch stattfand, kam das für nicht Eingeweihte trotz früherer Befürchtungen überraschend. Ich war wie vor den Kopf geschlagen, aber versuchte mich dennoch zu orientieren. Das war schwierig, weil die Informationen sehr widersprüchlich waren. Über die illegalen Sender z.B. – ein Hauptargument für die Behauptung einer vorbereitete Konterrevolution – berichtete auch ND sehr verwirrend: »schon früher vorbereitete Sender und Druckereien in Betrieb« (23. 8.), »Parolen ausländischer Geheimsender« (24. 8.), »Sender Nordböhmen auf Position des Senders Free Europe« (26. 8.), »nahezu sämtliche konterrevolutionären Sender sind außerhalb der CSSR – vor allem in Westdeutschland – stationiert« (28. 8.). Daraus sollte man schlau werden! Auch die später von sowjetischen Journalisten herausgegebene Broschüre (5) war nicht vertrauenerweckend. Die Fotos dort waren wenig beweiskräftig, die berichteten Waffenfunde konnten auch in Lagern der Polizei oder der Arbeitermilizen stattgefunden haben...

Wie erwähnt, ich war mir der Sache nicht sicher. Gewiß war ich aber, alles tun zu müssen, um die angespannten Beziehungen zwischen



TASS-Meldung über den Einmarsch sowjetischer Truppen in die CSSR im ND vom 22.8.1968.

DDR und CSSR zu verbessern, zumal ich von der Beteiligung der NVA am Einmarsch ausging (erst 1990 hat Wenzke diese Annahme widerlegt). Dem dienten meine ersten Reaktionen, selbst wenn sie nur Symbolwert hatten: ein Telegramm an die Freunde mit einem Hilfsangebot, ein Asternstrauß in den tschechischen Farben Blau-Weiß-Rot, den ich ins Konsulat der CSSR am Senefelderplatz trug, Leserbrief ans ND mit der Mahnung, die Polemik gegen die Tschechen zu mäßigen. Auch auf eine Umfrage des Magazins »Im Herzen Europas« nach den Maßnahmen, die die Leser als erstes unternähmen, wenn sie Staatsmänner wären, antwortete ich aus diesem Grund.

Ich war etwas erleichtert, als Präsident Svoboda am 23. 8. mit einer Delegation zu Verhandlungen nach Moskau flog. Der General – im ersten Weltkrieg Offizier der tschechischen Legionen, im zweiten Kommandeur des tschechoslowakischen Korps im Osten, nach 1945 Verteidigungsminister, später Chef der Prager Militärakademie – war im Gegensatz zu den Dubckeleuten machtpolitisches und strategisches Denken gewohnt und fand auch Zugang zu den sowjetischen Militärs. Dabei war er durchaus kein Dogmatiker und demokratischen Reformen zugeneigt. Zunächst setzte er durch, daß die in der UdSSR internierten Führer um Dubcek zur Delegation stießen. Vorher war er einfach nicht bereit, zu verhandeln. In der kritischen Situation um die Unterzeichnung des Moskauer Protokolls brachte er, wie Mlynar berichtet, die zerstrittenen, unentschlossenen Parteiführer durch einen förmlichen Anschauzer zur Vernunft: »Wieder nur schwätzen und schwätzen! Genügt euch nicht, daß ihr bereits die Besetzung eures Landes herbeigeschwätzt habt? ... Ich habe in meinem Leben schon Berge von Toten gesehen, und ich lasse es nicht zu, daß wegen eurem Gequassel Tausende Menschen umkommen!« (2, S. 271). Mlynar mußte einräumen, daß nicht die »Reformer«, sondern Svoboda die Situation überblickten: »Im Grunde waren wir Dummköpfe, und unsere Dummheit war die Ideologie des Reformkommunismus.« Später hat Svoboda dazu beigetragen, daß die Politik sinnloser Abenteuer beendet wurde. Für das Ende – die Stagnation des Realsozialismus, sind andere verantwortlich, nicht er.

Meine Gefühle drückte ich auch in einigen Gedichten aus. Von einem Mitarbeiter der

tschechoslowakischen Kulturvertretung über-  
setzt, fanden sie den Weg in die Slowakei.  
Natürlich schickte ich sie nicht mit der Post.  
Briefe mit »brisantem« Inhalt wie meiner Ant-  
wort auf die erwähnte Leserumfrage nahm Pani  
P-ová mit nach Prag und sandte sie von dort  
aus weiter.

*Nepýtajte sa ma / Na nás ?in / Ke? tí konali / v  
našom mene /*

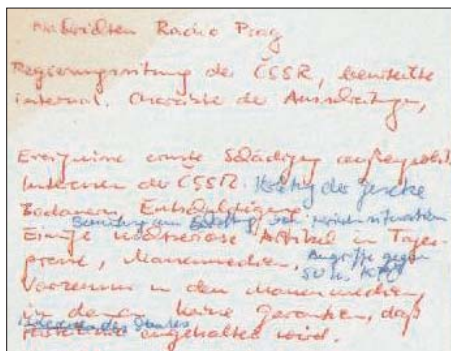
*Nepýtajte sa ma / Nemô em odpoveda?...*

*Fragt mich nicht / nach unserer Tat / als jene han-  
delten / in unserem Namen /*

*Fragt mich nicht / ich kann nicht antworten...*

Im Herbst 1968 kehrten die sowjetischen  
Truppenteile aus der CSSR an ihre Stationie-  
rungsorte in der DDR zurück, darunter die  
Eberswalder Garnison. Im Institut wurde ange-  
ordnet, alle Mitarbeiter hätten sich am späten  
Nachmittag, nach Arbeitsschluß, am Ortsein-  
gang als Empfangsspalier einzufinden. Ich sah  
jedoch keinen Anlaß zum Jubel und ignorierte  
die Veranstaltung. Wegen eines dringenden  
Auftrags, der schon am nächsten Tag erledigt  
sein mußte, blieb ich an meinem Arbeitsplatz.  
Dort traf mich der pflichtbewußte Parteisek-  
retär K., der zur Kontrolle durch alle Räume  
ging. Am nächsten Tag wurde ich gegen  
Dienstschluß in das Zimmer meines Bereichs-  
direktors gerufen, wo ich schon Parteisekretär,  
Gewerkschaftsfunktionär und Abteilungsleiter  
vorfand. Man stellte mich wegen meines Fern-  
bleibens zur Rede, und ich nannte meine drin-  
gende Arbeit als Grund – der strikte Auftrag  
war nicht wegzudeuten. In dieser Weise drehte  
sich die Aussprache mindestens eine halbe  
Stunde im Kreise. Natürlich murmelte ich  
auch durch die Zähne, seit wann in der DDR  
die Teilnahme an einer Demonstration befohlen  
werde, aber ich wußte selbst, daß das nichts  
nützte. Von jungen Wissenschaftlern wurde  
Klassenbewußtsein erwartet. Schließlich wur-  
de es allen Anwesenden zuviel, und ich mach-  
te ein Angebot. Solange eine dienstliche Aus-  
sprache im Zimmer des Bereichsdirektors statt-  
fände, könne ich nichts anderes sagen. Im pri-  
vaten Kreis sei ich aber bereit, meine Meinung  
über die Ereignisse in der Tschechoslowakei zu  
sagen. Und das tat ich dann, als die offizielle  
Runde beendet war.

Die Aussprache fand im Oktober 1969 eine  
Art Fortsetzung. Man hatte mich aufgefordert,



Um möglichst umfassend informiert zu sein, hörte  
Rolf Richter damals die Nachrichten des Senders  
Radio Prag ab.

in die Kampfgruppe des Instituts einzutreten.  
Es war üblich, danach vor allem unverheiratete  
junge Männer zu fragen. Zu denen zählte ich.  
Ich lehnte aber ab mit dem Hinweis auf die Be-  
setzung der Tschechoslowakei. Das hatte eine  
längere Aussprache zur Folge, in der eine  
schriftliche Stellungnahme gefordert wurde.  
Die gab ich am nächsten Tag ab. Ich betonte,  
als Kampfgruppenangehöriger würde ich in  
Gewissenskonflikte kommen, wenn bei ähnli-  
chen Maßnahmen gegen das Völkerrecht und  
die Gleichberechtigung der sozialistischen  
Staaten verstoßen würde. Diese Begründung  
untermauerte ich mit den Stellungnahmen der  
französischen KP und der Tatsache, daß bis  
dato ein Hilfsersuchen seitens der CSSR nicht  
bestätigt worden sei. Selbstverständlich haben  
auch die zuständigen »Organe« von der Sache  
Kenntnis genommen. Weitere Folgen hatte die  
Affäre für mich nicht, falls nicht – nach 1970 –  
die verweigerte Genehmigung der Akademie-  
zentrale für eine Dienstreise nach Minsk damit  
zusammenhing.

Meine Reaktion auf diese Aussprachen  
drückte wiederum ein Gedicht aus: *Ich sehe sie  
stimmrunzeln / Köpfe schütteln / über mich / Sie  
nennen mich unpraktisch / die Praktiker / Als un-  
real belächeln sie / mein Verlangen / die Realisten -  
- - Noch habe ich ihre Sympathie / da ich gutwillig  
bin / Träumer zwar ... / doch möglicherweise / er-  
ziehbar / Und sie schütteln meine Hand / drücken  
Hoffnungen aus / beratschlagen / über meine Hei-  
lung - - - Nun sie werden begreifen / meine Ideen  
sind praktikabel / sind ohne jedes Entgegenkom-  
men - - - Ich weiß / ihre Enttäuschung hat / reißen-  
de Zähne / (doch sie werden stumpf sein / eines Ta-  
ges / nach soviel Realität)*

Ich habe nicht geahnt, auf welche Weise sich  
zwanzig Jahre später diese letzten Zeilen be-  
stätigen würden und kann auch heute nicht  
froh über solche Art von Erfüllung sein.

Im Rückblick erscheinen meine Reaktionen  
hilflos und naiv. Doch das gilt für alle damali-  
gen Proteste – die jungen Havemanns, Bier-  
mann usw. Im übrigen gab es nach Wenzke in  
der DDR wenig Protest. Zwar macht dafür  
»Saturiertheit« verantwortlich. Das kann man  
bezweifeln. Antitschechische Vorbehalte  
könnten beteiligt gewesen sein. Aber die DDR-  
Bürger haben wohl zumeist die Situation nüch-  
terner gesehen als die Prager Reformer.

#### Anmerkungen

- (1) Hartmut ZWAHR, Die erfrorenen Flügel der  
Schwalbe: DDR und »Prager Frühling«. Tagebuch einer  
Krise, 1968-1970. Berlin 2007.
- (2) Zdenek MLYNAR, Nachtfrost. Erfahrungen auf  
dem Weg vom realen zum menschlichen Sozialismus.  
Köln/Frankfurt/M. 1978.
- (3) Rüdiger WENZKE, Prager Frühling – Prager  
Herbst. Zur Intervention der Warschauer-Pakt-  
Streitkräfte in der CSSR 1968. Fakten und Zusam-  
menhänge. Berlin/DDR 1990.
- (4) Bruno HRÍBEK, Josef MEJSNAR, Miroslav  
CHUCHMÁK, Tschechoslowakei 1968: Prager Früh-  
ling? Düsseldorf 1988.
- (5) Zu den Ereignissen in der Tschechoslowakei. Tat-  
sachen, Dokumente, Presse- und Augenzeugenber-  
ichte. Pressegruppe sowjetischer Journalisten.  
Moskau 1968.

## Gedenktafel in Messingwerk

*Felix Rosenblüth, 1. Justizminister Israels*

**Eberswalde (bbp).** Als touristische Aufwertung  
der Messingwerksiedlung ist am 5. Juni am Al-  
ten Hüttenamt eine Gedenktafel für Felix Ro-  
senblüth (Pinchas Rosen) enthüllt worden.  
Neben dem Initiator Arno Kuchenbecker, Bür-  
germeister Friedhelm Boginski und Landrat  
Bodo Ihrke nahm der Leiter der Kulturabtei-  
lung der Botschaft Israels Dan Golan an der  
Enthüllung teil.

Felix Rosenblüth lebte von 1887 bis 1978. Er  
verbrachte seine Kindheit und Jugend in Mes-  
singwerk als Sohn einer religiösen Familie, die  
sich aktiv in der Jüdischen Gemeinde am Ort  
engagierte. Für seinen Vater war es ein Grund-  
satz, seinen Kindern eine breite Bildung zu er-  
möglichen, weit über den religiösen Rahmen  
hinaus. Zugleich maß man der Treue zum deut-  
schen Kaiser große Bedeutung bei. Während  
seines Jurastudiums in Freiburg, kam Felix Ro-  
senblüth mit zionistischen Studentenverbin-  
dungen in Kontakt. 1914 war er Mitbegründer  
des KJV (Kartell Jüdischer Verbindungen) und  
trieb die Realisierung des Programmes voran,  
nach welchem Palästina die zukünftige Heimat  
der Juden werden sollte.

Am 1. Weltkrieg nahm Rosenblüth als deut-  
scher Offizier teil. 1922 ging er nach Palästina,  
um eine Rechtsanwaltszulassung in Jerusalem  
zu erhalten. Er wurde Vorsitzender der Partei  
»Alijah Chadasha« (Neue Immigration), die  
vorwiegend aus deutschen Einwanderern be-  
stand. Nach dem 2. Weltkrieg gehörte Rosen-  
blüth zu den ersten jüdischen Politikern in  
Palästina, die einen unabhängigen Staat Israel  
forderten. Am 15. Mai 1948 war er unter den  
jüngsten, die die Unabhängigkeitserklärung un-  
terzeichneten. Felix Rosenblüth wurde Justiz-  
minister. Seinen Namen änderte er ins Hebräi-  
sche, in Pinchas Rosen. Seine Partei, die Neue  
Immigration, schloß sich 1948 mit dem linken  
Flügel der AZ (Zionistischer Arbeiter) zur Pro-  
gressiven Partei (PP) zusammen.

Als Justizminister umgab er sich mit Bera-  
tern, die aus Deutschland und Österreich  
stammten. Er war maßgeblich an der Entste-  
hung des israelischen Rechtssystems beteiligt,  
in dem sich viele Prinzipien der Rechtswissen-  
schaft, des Rechtsstaates und der Menschen-  
rechte aus dem Weimarer System wiederfin-  
den. Felix Rosenblüth blieb bis 1961 Justizmi-  
nister. In diesem Jahr wurde er Vorsitzender der  
neuen Liberalen Partei, zu der sich die PP mit  
dem konservativen Flügel der Allgemeinen  
Zionisten zusammenschloß. Als die Liberale  
Partei 1965 mit der nationalistischen Cherut-  
Partei von Menachem Begin verbündete, tra-  
ten die meisten früheren PP-Mitglieder aus der  
Liberalen Partei aus und bildeten die Unab-  
hängigen Liberalen. Ob auch Pinchas Rosen  
dazu gehörte, konnte nicht recherchiert wer-  
den. Bis 1968 gehörte er noch der Knesset,  
dem israelischen Parlament an. 1978 starb er  
im Alter von 91 Jahren.

Überraschung! Ja ich halte mich noch einen Monat länger in Schweden auf und das war auch so geplant. Ich muß mich für einen Fehler im letzten Artikel entschuldigen. Ich komme nämlich erst am 3. Juli nach Hause und das angekündigte Sommerkonzert des Jugendchores Westend ist am 4. Juli. Ich habe also noch einen Monat übrig.

Jetzt bin ich nur noch 2 Wochen hier und ich finde es schrecklich. In den letzten Wochen ist alles so perfekt gelaufen, wie ich es mir von Anfang an gewünscht habe. Ich habe endlich den Platz in meiner schwedischen Familie gefunden, ich habe eine richtig tolle schwedische Freundin, ich beherrsche die Sprache, ich fühle mich in diesem Land zu Hause und ich bin glücklich. Es scheint eine Ewigkeit her zu sein, als ich am 30. Juli 2007 hier ankam. Seitdem habe ich sehr viel dazu gelernt und kostbare Erfahrungen gemacht, die mir jetzt noch gar nicht so bewußt sind. Wahrscheinlich werde ich erst in Deutschland feststellen, wie sehr ich mich verändert habe.

Der Juni war der wunderschönste Monat den ich bisher hier in Schweden erlebt habe. Es war allerdings auch ein Monat des Abschiednehmens. Meine Freunde sind fast alle vor mir nach Deutschland oder Österreich zurück. Auch meine schwedische Freundin Ella ist Anfang des Monats zum Sommerarbeiten auf ihre Heimatinsel Gotland zurückgekehrt. Von meiner Schwedisch-Klasse habe ich mich am 4. Juni verabschiedet. Insgesamt habe ich fünf Schwedischkurse mitgemacht und hatte in allen Kursen die gleiche super, tolle Lehrerin Gunilla. Daher fiel es besonders schwer sich von den Freunden und von GuGu (Gunilla Gustafsson) zu verabschieden.

Aber es gab in diesem Monat auch so einiges zu feiern. Den Nationalfeiertag der Schweden und Midsommar (Mittsommer) natürlich. Der 6. Juni ist seit 1983 anerkannter Nationalfeiertag in Schweden und auch Tag der schwedischen Flagge. Am 6. Juni 1532 wurde der erste schwedische König Gustav Vasa gekrönt und Schweden wurde zu einem selbständigen Staat erklärt. Überall wehen schwedische Flaggen im Wind und es paßt einfach super zu den hübschen Häusern und dem schönen Wetter. Meine Familie hat viele Freunde eingeladen und groß gefeiert. Ich war auf einem Festival in Stockholm und habe mir ein paar schwedische Musiker angehört.

Nur eine Woche später machte ich meinen 2. SWEDEX Test. Nun die schwerere Variante, aber so viel schwerer kam mir der Test gar nicht vor. Die Prüfung lief ähnlich ab wie die erste nur ein wenig umfangreicher.

Wir haben hier seit Wochen das tollste Wetter. Jeden Tag Sonnenschein und wir Au pairs verbrachten unsere Wochenenden nur noch am Wasser. Wir waren sogar baden, obwohl das Wasser nicht wirklich warm war. Ich fand es dennoch richtig toll im Wasser zwischen lauter unterschiedlichen Entenfamilien zu schwimmen. Die Natur ist hier, trotz der Häuser, total unberührt. Überall sieht man verschiedene Vo-

Ein Jahr in Schweden: Elfter Monat – Juni

## Svenska sommaren

Seit August 2007 arbeitet Marie Lange aus Eberswalde als Au Pair in einer schwedischen Familie. In der »Barnimer Bürgerpost« berichtet sie seitdem regelmäßig über ihre Erlebnisse und Erfahrungen. Diesmal ist der »Schwedische Sommer« ihr Thema.



**Dalarna.** Die Provinz nordwestlich von Stockholm ist berühmt für die hier gefertigten Dalapferde (Dalahästar). Auch die typische rote Farbe der schwedischen Holzhäuser stammt aus Dalarna.

gelarten mit ihren Jungen oder Rehe, die einem am Straßenrand begegnen. Es ist wirklich umwerfend schön hier.

Meine schwedische Familie hat mir dann noch eine große Freude gemacht und mich in das Sommerhaus von Toms Eltern in die Region Dalarna etwa 2 bis 3 Stunden nordwestlich von Stockholm mitgenommen. Ich war ja total hin und weg. Idyllischer geht es schon fast nicht mehr. Ein süßes rotes Häuschen, direkt an einem See und weit und breit keine Menschenseele. Alle meine Freunde warnten mich ja davor, daß ein Urlaub mit der Familie kein wirklicher Urlaub ist. Aber ich konnte mich nicht beklagen. Meine Familie zeigte mir so viel wie möglich von Dalarna (wir waren ja nur ein Wochenende oben) und mir hat es super toll gefallen. Am Samstag sind wir in das Dorf Nunsnäs gefahren, in dem die Dala-Pferde hergestellt werden. Wir stellten fest, daß dies ein beliebtes Ausflugsziel, vor allem für deutsche Touristen ist. Es war sehr interessant, von der Herstellung bis zur Bemalung und Lackierung alles verfolgen zu können und nachher durften wir sogar noch eigene Dalarna Pferde bemalen. Was gar nicht so einfach war, aber den Kindern und mir großen Spaß gemacht hat. Danach war ich noch mit Camilla und Anna in einem verträumten kleinen Städtchen namens Tällberg zum Kaffee trinken. Als wir wieder im Sommerhaus ankamen, wartete schon die vorgeheizte Sauna auf uns. Da saß ich mit Toms Mama und kaute ihr ein Ohr ab, bei 100 °C, und danach ging es ab in den See. Und das 2x hintereinander. Man kann sich gar nicht vorstellen wie schön das ist. Allerdings war es in Dalarna rund 10 Grad kälter als in Stockholm. Wir trugen also wieder lange Hosen und Jacken. Am Abend habe ich dann gemeinsam mit Toms Mama für alle gekocht und ich habe mit den Kindern gespielt.

Am nächsten Tag sahen wir uns eine Straußenfarm an und haben dann schön typisch Schwedisch (Hering, Matjes, Schnitt-

lauch und saure Sahne, frische Kartoffeln, Knäcke, Käse, Wurst und zum Nachtisch Vanille-Eis mit frischen Erdbeeren) gegessen. Nach einem weiteren erholsamen Saunagang ging es dann am Abend wieder nach Haus. Es war wirklich unbegreiflich schön.

Und es soll noch besser werden. Ich bin nämlich eingeladen Midsommar bei meiner schwedischen Freundin Ella auf Gotland zu feiern. Midsommar ist in diesem Jahr vom 20. bis 22. Juni. Ich werde also die längste Nacht des Jahres auf Gotland im Kreise von Schweden auf einem Campingplatz feiern. Ich hätte mir wirklich nichts Schöneres vorstellen können. Gegessen wird zu Midsommar das gleiche wie zu Weihnachten und Ostern und wie ich es oben schon beschrieben habe. Ja, die Schweden feiern Ihre Feiertage sehr »abwechslungsreich«, jedenfalls was das Essen angeht. Mein Gastpapa meinte, Midsommar ist der eigentliche Nationalfeiertag der Schweden. Ich weiß noch nicht so viel über die Bräuche, wollte mich ein wenig überraschen lassen. Ich weiß nur, daß man einen Kranz aus Blumen und Blättern flechtet und ihn auf dem Kopf trägt und daß man in der Nacht 7 Blumen pflücken soll. Die man sich dann unters Kopfkissen legt und dann soll man von seinem Zukünftigen träumen. Mal sehen ob das klappt.

Na ich freue mich jedenfalls schon riesig auf mein freies Wochenende in Visby. Visby soll übrigens eine wunderschöne alte Stadt sein, in der auch die Pippi Langstrumpf Filme gedreht wurden und das Haus von Pippi soll dort auch in der Nähe stehen.

Und dann eine Woche später fliege ich nach Hause. Ich kann es und will es noch gar nicht glauben. Ich weiß es ist kein Abschied für immer von meinem weiterhin Favoritland Schweden. Ich weiß daß ich zurückkommen werde, die Frage ist nur wann und wie. Der erste Schritt ist erst mal gemacht, die Sprache beherrsche ich, alles Weitere wird sich ergeben.

Varmliga hälsningar Marie

# Statistik mit unscharfen Daten

**Zum Jahr der Mathematik soll auch einmal eine praktische Anwendung zum Thema Erweiterung von Zahlen betrachtet werden.**

Ständig wird irgendwo und irgendwann irgendetwas gemessen. Messen bedeutet, daß man einem Vorgang oder einem Zustand eine Zahl zuordnet. Diese zugeordneten Zahlen können auf einer Alternativskala, es gibt nur die Zahlen 0 und 1, oder auf einer Ordinalskala, die Merkmale sind dem Rang nach geordnet, z.B. Windstärken, sein. Weiterhin gibt es noch Intervallskalen, z.B. bei der Temperaturmessung wird der Länge der Quecksilbersäule eine Temperatur zugeordnet. Schließlich gibt es noch die Verhältnisskala, daß sind dann solche Maße, wie Kilogramm, Meter oder Euro. Dort wird das Verhältnis von zwei Meßwerten angegeben, so z.B. die zu messende Masse dividiert durch die Masse des Urkilogramms.

Gemeinsam ist allen Meßwerten, daß sie bei genauer Betrachtung nicht exakt sind, sondern stets Unschärfen aufweisen. Das gilt z.B. schon bei einer Einteilung in zwei Klassen (Alternativskala), wenn man einen Alkoholiker(0) von einem Nichtalkoholiker(1) unterscheiden soll. Ist jemand ein Alkoholiker, der regelmäßig jeden Tag eine Flasche Bier trinkt, oder jemand der sich einmal im Jahr sinnlos betrinkt, oder gar jemand, der alkoholkrank war, und sich in der Abgewöhnungsphase befindet? Bei Messungen auf den anderen Skalenarten wirken ebenfalls Unschärfen: Wie weit ist es von Eberswalde nach Berlin? Worauf bezieht sich die Angabe 50 km? Luftlinie von Ortsmitte zu Ortsmitte? Wo genau liegen dann diese? Gibt es dort überhaupt Verkehrswege?

Diese Beispiele zeigen, jede Messung liefert eine unscharfe Zahl. Andererseits sind Messungen mit einer bestimmten Absicht erfolgt, und sie werden in den meisten Fällen anschließend gemittelt, summiert oder verglichen. Welche unscharfen Zahlen erhält man dann durch die unscharfen Zahlen der einzelnen Meßresultate?

Diese Beschreibung erfolgt mittels der charakterisierenden Funktion. Betrachten wir dazu einmal als Beispiel die Anzahl der Verkehrstoten in der BRD im Jahre 2007, eine keineswegs akademische Frage, weil Versicherungen die Schadensfälle für die Prämienkalkulation benötigen. Erste Frage, was ist ein Verkehrstoter? In der BRD zählt man Verkehrstote noch als solche, die innerhalb von 30 Tagen nach dem Unfallereignis sterben. Dabei muß nicht immer der Verkehrsunfall die direkte Todesursache sein. Wie ist es, wenn der Verun-

fallte durch anschließenden Ärztepfnusch versterbt, oder Mängel im Rettungswesen zum Tode führten? Als was zählte der tödliche Verkehrsunfall (ursächlich), wenn dieser auf dem Gelände einer großen Fabrikanlage geschah, und somit juristisch ein Arbeitsunfall vorlag? Oder falls man tödliche Verkehrsunfälle in der BRD mit denen in Österreich vergleicht, so muß man berücksichtigen, daß Österreich zeitweise der UN-Regelung folgte und nur Verkehrstote zählte, die innerhalb von 3 Tagen nach dem Unfallereignis starben.

Man kann solche Fragen beliebig fortsetzen, um die Unschärfe verbal zu beschreiben. Mathematisch muß man aber die charakterisierende Funktion einführen um die unscharfen Zahlen exakt zu beschreiben. Diese charakterisierende Funktion kann man sich wie folgt vorstellen. Es gibt zu jedem möglichen Wert der Anzahl der Verkehrstoten ein Zugehörigkeitswert, der zwischen 0 und 1 liegt. Also einer Zahl von 3000 Verkehrstoten könnte man die Zahl 0,01 zuordnen, 4000 vielleicht 0,55; oder der vom Statistischen Bundesamt der BRD angegebenen Zahl 4970 die Zahl 0,99. Weil es unscharfe Zahlen sind, könnte man auch jeder Zahl der Verkehrstoten zwischen 4965 ... 4980 die Zugehörigkeit von 0,99 zuordnen. Mehr als 6000 Verkehrstote gab es sicherlich nicht in der BRD im Jahre 2007, so daß man ab der Zahl 6000 mit der Zugehörigkeit 0 rechnen könnte. Durch solche Überlegungen ist es möglich, jeder sinnvollen Zahl von Verkehrstoten, eine Zugehörigkeit zuzuordnen. Das wäre dann schon die charakterisierende Funktion, und eine unscharfe Zahl wäre dann durch die zugehörige charakterisierende Funktion vollständig beschrieben.

Inzwischen sind nicht nur einfache Rechengesetze für das Rechnen mit unscharfen Zahlen entwickelt worden, sondern auch statistische Analyseverfahren mit unscharfen Daten. In Österreich forschen an der Technischen Universität Wien mehrere Wissenschaftler unter der Führung von Prof. Reinhard Viertl an diesem Thema. Er schrieb zusammen mit dem Autor dieses Beitrages u.a. ein populärwissenschaftliches Buch mit dem Titel: *»Exakte Zahlen genügen nicht: Mathematik und Ungewißheit«*. Interessierte Leser können diesen Titel bestellen, es gibt noch wenige Exemplare beim Autor.

Dr. ULRICH POFAHL

## »Was wollen wir fördern?«

Die nächste politische Diskussionsveranstaltung des Stadtverbandes Bernau der Partei DIE LINKE findet im Rahmen der Reihe DRAUFSICHTEN, ANSICHTEN, EINSICHTEN am Montag, dem 30. Juni, um 19 Uhr, im Treff 23 (Kulturhof Bernau, Breitscheidstraße 43a) zum Thema statt: »Welches sind die wichtigsten Regionen im Land Brandenburg, wo wollen wir was fördern?«

Diese Veranstaltung wird gestaltet vom Mitglied des Landtages und stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Ralf Christoffers. Wie immer sind alle Bürgerinnen und Bürger von Bernau und Umgebung herzlich eingeladen.

Dr. HEINZ SCHÄFER

## 5. Altenhofer Liedersommer

Nun steht das Programm für den 5. Altenhofer Liedersommer so gut wie fest. Nur das mit dem Wetter haben wir noch nicht ganz klären können. Da sich dieses Jahr Gundis Todestag zum 10. Mal jährt, haben wir bewußt die Lieder und die Musik stärker in den Mittelpunkt gestellt, ohne auch noch eine Tributveranstaltung sein zu wollen. Aber erstens war ja Gundi nicht ganz unschuldig daran, daß es diese Veranstaltung gibt und zweitens war er halt ein toller Songschreiber und -interpret. Deshalb *»klauen«* wir uns ja auch heute noch die Themen bei ihm. Dieses Jahr steht unter dem Motto: *»Sieh nach vorne spricht der Teufel, ...«*

Der Liedersommer beginnt am Freitag, den 15. August, gegen 20 Uhr mit Sonny Thet – Violoncello-Solo am Bootssteg zum Sonnenuntergang und einer Gundermann-Liedersession mit Christian Haase, jungen Autoren, Sängern, Musikern, Gästen und ... mit Lagerfeuer. Der Eintritt wird beim Austritt abverlangt und geht vollständig an die Künstler.

Am Sonnabend, den 16. August startet dann ab 19 Uhr im Bootsverleih *»Am Breten«* auf der wohl allerkleinsten Freilichtbühne Deutschlands und den drei Steganlagen wieder das großes Liedermacherkonzert zur Verleihung der BRUNHILDE, dem alljährlichen Liederpokal im Gedenken an den 1996 dort gastierenden und 1998 verstorbenen Gerhard Gundermann. Für den Konzertabend sind eingeladen Paul D. Bartsch ([www.zirkustiger.de](http://www.zirkustiger.de)), Marc-Uwe Kling ([www.marcuwekling.de](http://www.marcuwekling.de)), Haase & Band ([www.haase-band.de](http://www.haase-band.de)) und Barbara Thalheim ([www.barbara-thalheim.de](http://www.barbara-thalheim.de)). Die Moderation übernimmt Tobias Herre ([www.surfpoeten.de](http://www.surfpoeten.de)). Der Eintritt von 12 Euro geht auch hier vollständig an die Künstler.

Am Sonntag, den 17. August, beginnt um 10 Uhr ein Kinderkonzert mit *»KO«* (Jörg Kott, [www.ko-art.de](http://www.ko-art.de)). Ab 11 Uhr gibt es ein Liederfrühstück mit Stefan Lux und Jan Trottnow (Trojan, [www.myspace.com/trojansmusik](http://www.myspace.com/trojansmusik)). Bezahlt wird wieder jeweils bei Austritt und das eingenommene Geld geht selbstredend vollständig an die Künstler.

GÜNTER LANDMANN,

Vorsitzender altenhofer kulturkreis e.V.

Für Rücksprachen stehe ich unter 033363/4262 gerne zur Verfügung. Übernachtungen: Hotel Pension Poppe 033363/3226, Hotel Kaiserhof 033363/4020, & FeWo Mario Dräger Dräger 033363/3277

## Wer tritt für Die Linke an?

Beantwortet wird diese Frage am 28. Juni ab 9 Uhr im Landhaus Ladeburg, 16321 Bernau, Ortsteil Ladeburg, Rüdritzer Str. 3. Dort nominieren die Barnimer Mitglieder der Partei DIE LINKE ihre Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahlen zum Kreistag Barnim am 28. September. Entschieden wird auch über die Kandidaturen für die Gemeindevertretungen und Ortsbeiräte, in denen DIE LINKE keine eigenen Ortsverbände hat. Die Veranstaltung ist öffentlich.

LUTZ KUPITZ

## Ernennung zum Ehrenbürger rechtswidrig?

**Eberswalde (bbp).** Das Geheimnis um den neuen Ehrenbürger Eberswaldes ist gelüftet. Was viele vermuteten, trifft zu. Es handelt sich um den bereits bei allen möglichen Gelegenheiten hoch geehrten Paul Wunderlich. Mit ihm wurde diese Würde erstmals einem Künstler zuerkannt. Wunderlich verbrachte seine Kindheit und Jugend in Eberswalde. Ab 1944, als Arbeitsdienstler im niedersächsischen Soltau, kam er nur noch besuchsweise nach Eberswalde. Anfang 1945 verließ er seine Heimatstadt endgültig. In Dänemark wurde er zum Panzergranadier ausgebildet und geriet als solcher in alliierte Gefangenschaft. Nach der Entlassung traf er seine Familie, die zum Kriegsende aus Eberswalde geflüchtet war, in Eutin (Schleswig-Holstein) wieder. Fortan wurde Hamburg sein Lebensmittelpunkt. Er studierte an der dortigen Kunsthochschule und gelangte in der Folgezeit als eigenwilliger Maler und Grafiker zu »hoher Anerkennung und begeisterter Wertschätzung«, wie es in der Laudatio heißt. Kontakte nach Eberswalde gab es erst wieder, als ihm durch Zufall die 1995 vom Museum herausgegebene Veröffentlichung zu den Ereignissen des Jahres 1945 in die Hände fiel. Seitdem stellt Wunderlich regelmäßig in Eberswalde aus und unterstützt den Kunstverein Mühle e.V. Im Jahr 1998 schenkte er der Stadt die im Weidendamm aufgestellte Skulptur »Raubvogel«. Mit dem Kreishaus, das seinen Namen erhielt, bekam er schließlich die Möglichkeit zu einer Dauerausstellung in Eberswalde.

Für diese Leistungen wurde Wunderlich nun auf Vorschlag des neuen Kulturbeirates zum Ehrenbürger ernannt.

Beschattet wird dieses Ereignis davon, daß der Beschluß der StVV offensichtlich rechtswidrig zustande kam. Zum einen wurde diese öffentliche Angelegenheit in nicht öffentlicher Sitzung behandelt. Keiner der in § 5 der Hauptsatzung aufgeführten Gründe zum Ausschluß der Öffentlichkeit lag vor. Der Ausschluß der Öffentlichkeit ist auch deshalb schade, weil so die wunderschönen Lobreden mehrerer Stadtverordneter den Bürgerinnen und Bürgern vorenthalten blieben. Ein weiterer Mangel besteht darin, daß die Beschlußvorlage nicht zuvor im Ausschuß für Jugend, Senioren, Kultur, Sport und Soziales beraten wurde. Dabei gehört dies zu den ausdrücklichen Aufgaben dieses Ausschusses, wie der Internetseite der Stadt Eberswalde zu entnehmen ist.

### Ökologische Konferenz 2008

Zur Bewältigung der Umweltprobleme ist die Einbeziehung aller notwendig. Die Umweltbildung nimmt daher eine zentrale Rolle ein. Bei der diesjährigen Ökologischen Konferenz der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) »Umwelt« bei der LINKEN Brandenburg steht deshalb das Thema »Umweltbildung und Bildung für Nachhaltigkeit« auf der Tagesordnung. Die Konferenz findet am 5. und 6. Juli im Eberswalder Waldsolarheim statt. Sie wird gemeinsam mit der LAG »Bildung & Schule« organisiert.

## Nachruf



### Ursula Weber

2.11.1927 - 15.6.2008

In tiefer Trauer nimmt der Kreisvorstand der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft e.V. Eberswalde Abschied von einer aktiven Freundin unsere Freundschaftsgesellschaft.

Ein langes Leben im Sinne der Freundschaft zur Sowjetunion ist am 15. Juni zu Ende gegangen. Über Jahrzehnte hat sich Ursula Weber mit ihrer ganzen Kraft für die Freundschaft mit den Völkern der Sowjetunion eingesetzt und mit Ihrem Handeln dazu beigetragen, Brücken zwischen den Völkern zu schlagen. Ihre Begeisterung für die edle Sache hat auch anderen Menschen bewogen, ein gleiches zu tun.

Nach der Wende hat Sie mitgeholfen, die Freundschaftsorganisation aufzubauen. Freundin Ursula Weber hat sich voller Leidenschaft für den Erhalt des Freundschaftsgedankens zu den Völkern der ehemaligen Sowjetunion eingesetzt. In unermüdlicher Arbeit hat Ursula Weber mitgeholfen die Freundschaftsarbeit mit neuem Leben zu erfüllen.

Die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft e.V. Eberswalde verliert in ihr einen überzeugten Freund der Völker der ehemaligen Sowjetunion und einen aufrichtigen Menschen. Wir werden Ihr Andenken stets in Ehren halten.

Im Auftrage des Kreisvorstandes

WALDEMAR HICKEL, Vorsitzender  
Eberswalde, den 15. Juni 2008

## impresum

**herausgeber:** Barnimer Bürgerpost e.V.

**anschrift:** Lehnitzseeestr. 3, 16227 Eberswalde

**telefon:** (0 33 34) 35 65 42

**telefax:** (0 18 05) 22 10 40 973

**e-mail:** redaktion@barnimer-buergerpost.de

**bbpforum:** <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>

**redaktion:** Gerd Markmann

**fotografie:** Hickel, Kirschstein (2), Lange, Mächtig (2), Markmann, Richter (2), Steiner

**druckerei:** Grill & Frank · (0 33 34) 35 39 18

**redaktionschluß:** 24. Mai 2008

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 19.7.2008, 12 Uhr.

## Barnimer Bürgerpost

### Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe  
 Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)  
 ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)

Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)

- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle:  per Bankeinzug  per Rechnung

Kontonummer  Bank  Bankleitzahl

Name, Vorname  Straße, Hausnummer

PLZ, Ort  Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

2. Unterschrift Abonnent/in

- Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

**Coupon senden an:** Gerd Markmann, Lehnitzseeestr. 3, 16227 Eberswalde  
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)